

Zeugpreis:

Stichtag: 7.50 Mk., monatl. 2.50 Mk., feinstes Haus vorzuziehbar. Einzelne Kammer 10 Pfennig. Vollbesatz monatlich 2.50 Mk., erst Aufstellungsgeld 10 Pfennig. Unterband für Deutschland u. Österreich-Lingen 4.75 Mk., für das übrige Ausland 9.75 Mk., bei täglich einmaliger Aufstellung 7.75 Mk. Bestellungen nehmen an: Hannover, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Volks-Zeitungskarte.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntag einmal.

Telegraphische Adressen:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:

Die achtzehnstellige Nordhavellagerliste kostet 1.50 Mk. „Kleine Anzeigen“, das ist die deutsche Seite 50 Pf., (außerhalb 2 festschriebene Worte), jedes weitere Wort 25 Pf. Stellenanzeigen und Stellenangelegenheiten das erste Wort 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Feuerungsstellen 50%, Familien-Anzeigen, politische und gesellschaftliche Berichte - Anzeigen 1.20 Mk. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geschnitten von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Sonntabend, den 10. Mai 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

An die Sozialisten aller Länder!

Der Versailler Entwurf eines Friedensvertrages hat die schlimmsten Erwartungen der Friedensfreunde aller Länder übertroffen. Der Gewaltfriede, der uns nach dem Willen der Versailler aufgezwungen werden soll, ist die beste Rechtfertigung der Haltung der deutschen Sozialdemokratie zur Landesverteidigung. Wir wußten immer, was dem deutschen Volke drohen würde, wenn die Imperialisten der Entente ihren Frieden diktieren würden. Deshalb wollten wir mit allen Mitteln verhindern, daß dieser Zustand eintrat. Sozialisten der anderen Länder, versteht Ihr jetzt unsere Haltung?

Die Imperialisten der anderen Länder sind nicht besser als die unsrigen. Der Siegerfriede, der uns heute aufgezwungen werden soll,

trifft die deutsche Republik mitten ins Herz.

Er soll nach der Absicht der kapitalistischen Regierungen Frankreichs, Englands und Amerikas das Aufblühen eines sozialistischen Deutschlands unmöglich machen und damit zugleich den internationalen Sozialismus treffen.

Wir deutschen Sozialdemokraten sind während des ganzen Krieges für einen Frieden der Versöhnung und der Verständigung der Völker eingetreten, der so beschaffen sein sollte, daß er nicht

den Keim zu neuen Kriegen

in sich trug. Von den Staatsmännern der Entente wurde während des Krieges so oft in alle Welt posaunt, daß sie nur für Recht und Gerechtigkeit stritten, daß sie gegen den Kaiser und die Junker kämpften, nicht aber gegen das deutsche Volk. Der Versailler Friede aber richtet sich gegen das deutsche Volk! Wenn alle die vorgeschlagenen wirtschaftlichen Anordnungen und finanziellen Vergewaltigungen durchgeführt werden sollten, würden

die deutschen Arbeiter auf ewige Zeit versklavt werden und den Nutzen davon hätten lediglich die Kapitalisten der anderen Länder.

Das deutsche Volk ist bereit, den Schaden zu ersehen, der auf Gehet seiner durch die Novemberrevolution gestützten Machthaber verfassungswidrig angerichtet wurde. Es will für den Wiederaufbau Belgiens und Nordfrankreichs aufkommen. Aber dazu bedarf es geordneter Wirtschaft. Der vorgeschlagene Friede jedoch bedeutet

das Todesurteil

einer geordneten Volkswirtschaft. Seine Bestimmungen sind unerfüllbar und deshalb wird der Versuch, sie im einzelnen durchzuführen, zu ewigen Reichereien führen. Dadurch wird die Quelle des Hasses im Fluß bleiben und das in vierjährigen Kriegen gemarterte Europa wird nie mehr zur Ruhe kommen.

Der Versailler Friedensvorschlag ist in jedem einzelnen Kapitel der reine

Hohn auf die vierzehn Punkte Wilsons.

Für das deutsche Volk soll es kein Selbstbestimmungsrecht geben. Reindeutsche Gebiete wie Danzig, der Reichsstritt und andere, sollen vom Boden der deutschen Republik weggerissen und ihre

Berlin, den 9. Mai 1919.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bevölkerung soll, ohne im geringsten befragt zu werden, unter das Joch der Fremdherrschaft gezwungen werden. Ebenso unerträglich ist die

verschleierte Annexion des Saargebiets.

Wahrlich, Clemens war ein elender Stümper gegen die Gewaltmenschen, welche heute die Verhinderung Deutschlands betreiben und die uns noch dazu raten, zu einem Völkervertrauen zu haben, den sie allein gründeten und den sie weiterhin zur dauernden Niederhaltung des deutschen Volkes beherrschen wollen.

Solche aller Gerechtigkeit hohnsprechenden Friedensbedingungen können keinen Dauerfrieden bringen.

Sie züchten den Haß. Sie würden den Reaktionsärgern die nationalistische Agitation erleichtern und den Sozialisten die Auslösung der Massen erschweren. Sie würden zu einer ewigen Gefährdung des Friedens werden.

Den Weltfrieden zu erhalten, muß nach Abschluß jener greulichen, mehr als vierjährigen Menschenschlächtereien aber die vornehmste Aufgabe der Arbeiter aller Länder sein. Das haben die Sozialisten der kriegsführenden Länder erkannt. In Bern haben sich die Sozialisten der neutralen Länder mit den Sozialisten der Ententeländer und mit den Sozialisten Zentraleuropas auf ein

gemeinsames Friedensprogramm

geeinigt. Sie haben gegen jede Verhinderung der Wilson'schen Grundzüge protestiert und für die Streitfragen, wie z. B. die des Saargebiets, Danzigs, Lösungen gesucht, die nicht den Keim zu neuen Kriegen enthalten würden.

Die Sozialisten aller Länder haben feierlich anerkannt, daß deutsche Volksteile das Recht haben müssen, bei Deutschland zu bleiben, und daß die Deutschen Österreichs das Recht haben, sich mit ihren deutschen Brüdern zu vereinigen. Die Ententeregierungen pfeifen auf solche Versuche, einen wirklichen Dauerfrieden zu sichern und ziehen es vor, sich auf die Gewalt zu verlassen.

Wird die sozialistische Internationale ihre Stimme gegen einen Gewaltfrieden so laut erheben, daß in den siegreichen Ländern die Machthaber von heute auf sie hören müssen?

Wie erwarten es.

Aber es ist die höchste Zeit! Das deutsche Volk soll zugrunde gerichtet werden. Aber es handelt sich schließlich um mehr, um das Schicksal Europas! Nach Abschluß dieser entsetzlichen Welttragödie werden in allen Ländern die Massen unerhörte Leiden auszuweichen haben. Wird da ein Volk gänzlich zugrunde gerichtet, so trifft das auch alle anderen Völker schwer. Deshalb,

Proletariat aller Länder, vereinigt eure Kraft, um einen Gewaltfrieden zu verhindern,

der Europa nicht zur Ruhe kommen lassen würde und die sozialistische Bewegung in allen Ländern auf das schwerste schädigen würde.

Verbrennen, oder aus dem Fenster springen?

Wir Deutschen sind ein gründliches und genaues Volk, selbst noch im Unglück. Wir befinden uns — man gestatte dieses Bild unserer Lage — im dreißigsten Stockwerk eines brennenden Wolkenträgers und fangen nun eine tiefgründige Diskussion darüber an, ob es richtiger sei, die Flammen an sich herankommen zu lassen oder mit einem kühnen Ruck aus dem Fenster zu springen.

Beide Theorien haben ihre Anhänger, und beide Seiten arbeiten mit äußerst überzeugenden Argumenten. Die Anhänger der Verbrennungstheorie weisen haarsträubend nach, daß man sich beim Sprung aus dem dreißigsten Stockwerk die Knochen zerbricht, während die Befürworter des Hinabspringens den wissenschaftlichen Beweis antreten, daß der menschliche Körper der Temperatur eines Hausbrandes nicht gewachsen ist. — Natürlich fehlt es nicht an Berufswünschen der Gegenseite, die nicht begreifen wollen, daß ihre Methode zum Tode führt.

Das ist im Kerne der Streit, der jetzt um die beiden Worte „annehmen“ oder „ablehnen“ entbrannt ist. Es ist ein Streit um zwei Todesarten. Dabei ist allerdings die Ablehnungstheorie von vornherein stark diskreditiert durch die Tatsache, daß auf ihrer Seite sich die Lärmmacher um jeden Preis, die Männer der hohen nationalen Eitelkeit und des stolzen Handels befinden, die Narren, die eine künftige Revolution bekräftigen oder gar am Ende noch jetzt gleich den Krieg in irgendeiner Weise wieder aufnehmen wollen.

Aber es wäre falsch, die Gesamtheit derer, die jetzt auf dem Standpunkt „ablehnen!“ stehen, dem alldeutschen Meerbann zuzurechnen und eines offenen oder verkappten Chauvinismus zu zeihen. Es sind auch Leute darunter, die — vielleicht von vereinzelt Entgleisungen abgesehen — während des ganzen Krieges in schärfster Bewusstheit zum Abwärtsschritt gestanden haben, und es ist nicht ohne Interesse, daß der von den Abwärtsschreitenden so viel geschmähte Theodor Wolff im „Berliner Tageblatt“ mit am kräftigsten den Gedanken der Nichtunterzeichnung vertritt. Schließlich waren auch Lenin und Trotski, welche die Unterschrift des Friedens von Brest-Litowsk verweigerten, keine russischen Bourgeois oder Chauvinisten, sondern die Vertreter des allerredlichsten Volkswillens, und sie glaubten damals, mit der Nichtunterzeichnung des ihnen vorgelegten Friedensvertrages, mit der Ausgabe der Parole: „Rein Frieden und kein Krieg“, einen beispiellos revolutionären Schritt zu tun.

Gibt es also nicht an, einen jeden, der fürs Nichtunterzeichnen ist, von vornherein unfähig und antinationalistisch zu motivieren, so muß dennoch eine Kritik seiner tatsächlichen Beweisführung gestattet sein. Im „N. Z.“ steht uns Theodor Wolff mit allen Mitteln seiner Beredsamkeit auseinander, daß der von der Entente vorgelegte Vertrag der politische und wirtschaftliche Tod Deutschlands ist. Er bestreitet, was schon Scheidemann ausgesprochen hat, daß zahlreiche Bestimmungen dieses Vertrages unmöglich, weil physisch un-ausführbar sind. Dieser Vertrag verflucht das deutsche Volk, er raubt es bis aufs letzte aus, er nimmt ihm alle Hilfsmittel zum Wiederaufbau seiner Wirtschaft, er macht vor allen Dingen auch den deutschen Arbeiter auf Jahrzehnte zum rechtlosen Sklaven der gegen uns verbündeten Welt. Gerade wir sind es, die es mit am schmerzlichsten empfinden, wie wenig dem deutschen Proletariat seine eben gewonnene Freiheit nützt, wenn es den einheimischen Kapitalisten mit den noch viel grausameren und mitleidloseren ausländischen Fronherrschaften verhaftet. Dieser Frieden ist auch der Tod aller Sozialpolitik, gerade der deutsche Arbeiter solle sich morgens, mittags und abends immer wieder sagen, daß er durch diese Bedingungen zum recht- und schutzlosen Sklaven der Welt, zum Ausbeutungsobjekt der Entente gemacht wird, und daß ihm keine noch so ideale Begegnung im Jenseits auch nur um ein Haar vor diesem Los schätzen kann. Ob die deutschen Kapitalisten als Schweichreißer und Zwischenmeister der Entente im Amt belassen werden, oder ob diese ihre eigenen Fronvögte einsetzen, das ist gegenüber der Gesamtschicksale der absoluten Versklavung Deutschlands nur eine Frage zweiter oder dritter Ordnung.

Das alles wissen wir und noch mehr. Diese Erkenntnis hält uns davon zurück, wie die unabhängige „Freiheit“ mit vollen Waden zu rufen: „Wir müssen annehmen“.

Auf der anderen Seite fragen wir die Anhänger der Ablehnungsparole, was sie uns denn bieten können außer einer schönen Geste! Dem deutschen Arbeiter

Deutschösterreich gegen den Gewaltfrieden.

Anschluß an Deutschland.

Wien, 9. Mai. (Correspondenz.) Den Blättern zufolge veranstalten die Großdeutsche Vereinigung, der Deutsche Völkerrat für Österreich, der Deutschnationaler Verein und die Wiener Arbeiterliga am Sonntag anlässlich des Versailler Gewaltfriedens Versammlungen, in denen neuerlich das Selbstbestimmungsrecht und das Recht des Anschlusses an Deutschland gefordert werden wird.

Der Gegenentwurf.

Der Gegenentwurf für die Friedensbedingungen, den die Reichsregierung ausarbeitet, stützt sich auf die Wilson'schen 14 Punkte und auf die Erklärung des Staatssekretärs Lansing vom 6. November vorigen Jahres. An den Verhandlungen, die jetzt täglich in der Reichskanzlei stattfinden, nehmen als Vertreter der preussischen Regierung die Minister Dirsch, Deins und Fischbeck teil.

Eine Kundgebung der badischen Regierung.

Karlsruhe, 9. Mai. Das badische Staatsministerium erläßt eine Erklärung an das badische Volk, in der es unter anderem heißt: keinem Volk der Erde hat je eine Vergewaltigung gebracht, wie sie die Friedensbedingungen darstellen. Nichts wird unversucht gelassen werden, eine Milderung der harten Bedingungen zu erreichen. Das deutsche Volk wird sich in dieser Schicksalsstunde geschlossen hinter die Reichsregierung stellen. Wenn es nicht gelingen sollte, den Friedensbedingungen einen Zusatz zu geben, der dem deutschen Volke das Weiterleben als Volk möglich macht, dann werden wir vor die ernste Frage gestellt werden, ob wir uns dem Feinde beugen müssen oder ob nicht einmütig dieser Friedensschluß zurückgewiesen werden muß.

Die weitere Befehung von Aehl durch die Franzosen ist uns wadener unerträglich. Dem wirtschaftlichen Leben unseres Landes würde dadurch ein tödlicher Stoß verfehlt. Wir erheben Widerspruch gegen diesen Hohn auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Wollen sie bestenfalls in Aussicht, anstatt Schwitzklatte der Entente zu werden, als Arbeitsloser zu verhungern. Man scheint auf jener Seite ganz zu übersehen, daß die Entente die größten Unheil, die uns die Friedensbedingungen zumuten, wie die Wegnahme unserer Industrie-Distrikte, uns bei Fortsetzung des Krieges erst recht zufügen kann. Hier steht der Tod genau wie dort. Und will das „Berliner Tageblatt“ dafür garantieren, daß eine Regierung, die eben unter großer Begeisterung abgelehnt hat, vierzehn Tage später, wenn sich die ersten Folgen des Schrittes einstellen, von einer total umschlagenden Volksstimmung nicht doch zur Unterschrift gezwungen wird? Daß es uns als Kopisten von Lenin und Trozki genau so ergehen würde wie jenen?

Was sollen wir also tun? Zwischen zwei Wegen, die zum Tode führen, den Lebensweg suchen. „Berliner Tageblatt“ wie „Freiheit“ sind sich darüber einig, daß jetzt zunächst verhandelt und alles daran gesetzt werden muß, in eine Aussprache mit unseren Gegnern über die Bedingungen zu kommen. Wie aber sollen wir verhandeln, wenn wir von vornherein erklären: „Wir nehmen an“, oder „wir lehnen ab“. Sagen wir heute, daß wir den uns vorgelegten Frieden ohnehin annehmen müssen, so würde das eine direkte Aufforderung an den Gegner bedeuten, nur ja in keinem Punkte nachzugeben. Stellen wir die Ablehnung auf jeden Fall in Aussicht, so gibt es sicher auf der Feindeseite Leute, denen eine solche Gewißheit ebenso lieb wäre, wie unserer Militärführer die Ablehnung der Lenin und Trozki in Brest-Litovsk willkommen war. Vielleicht würden sie selber, unsere ablehnende Haltung ermutigen. Jedes Sichfestlegen vor der Verhandlung macht das Verhandeln selbst unmöglich. Wer also will, daß jetzt die letzte uns bleibende Chance, der Weg der Verhandlungen, ausgenützt wird, der muß jede vorzeitige Bindung der Regierung als verhandlungsschädlich ablehnen.

Wir haben mehrfach betont, daß bei dem entscheidenden Schritt mit kühlem Kopf und peinlichster Gewissenhaftigkeit das Für und Wider abgemessen werden muß. Ein Abwägen aber ist erst möglich, wenn man das Für und Wider in vollem Umfange kennt. In unserer Rechnung fehlt heute noch ein Faktor: Das Resultat unserer Gegenvorstellungen, Proteste und etwa einsehender Verhandlungen.

Erst wenn wir das kennen, ist die Zeit zur Entscheidung reif. Leidenschaftlos muß nach dem Diktat des Verstandes dann derjenige Weg begangen werden, der bei genauer Abschätzung aller Umstände noch die größere Möglichkeit bietet, unser Volk vor völligem Untergang und barbarischer Versklavung zu retten.

Dabei dürfen wir ruhig betonen, daß unser selbstverständliches sozialistisches Ziel stets gewesen ist, zum Frieden zu gelangen. Wir sind nicht nach Versailles gegangen mit der Absicht, dort eine Szene aufzuführen; wir wollten den Friedensschluß und wollen ihn auch heute noch. Aber wir wollen den Frieden, damit unser Volk leben kann, und dieser Frieden erstickt und erdroffelt uns. Möge die Versailler Konferenz uns die Entscheidung zwischen zwei Todeswegen ersparen, indem sie uns doch noch den Frieden gibt, der Deutschland leben läßt.

Ultimatum Lenins an Rumänien. Eine Frist von 48 Stunden.

Nach französischen Mitteilungen hat die russische und ukrainische Sowjet-Regierung an die rumänische Regierung folgendes Ultimatum gerichtet:
Die rumänische Föderalregierung ist mit allen Kräften befreit, ihre Stellung um den Preis neuer Verbrechen zu befestigen. Sie hat sich besonders als Ziel vorgenommen, die Sowjet-Macht in Ungarn zu sägen. Von allen Seiten drängen rumänische Truppen gegen die ungarische Rote Armee vor, nachdem sie zuvor vergebens versucht haben, gegen die ukrainische Rote Armee vorzugehen. Die Sowjet-Regierungen in Rußland und der Ukraine sind nicht länger

in der Lage, zu warten, bis den Gewalttätigkeiten und Provokationen der rumänischen Regierung ein Ende gesetzt wird. Wir wollen nicht das Bruderblut der rumänischen Arbeiter und Bauern vergießen, denen ihre Herren befehlen, gegen Rußland zu marschieren. Die beiden Sowjet-Regierungen Rußlands und der Ukraine richten daher an die rumänische Regierung folgendes Ultimatum:

1. Unmittelbare Räumung Bessarabiens durch die Soerz, Angehörigen und Agenten der Rumänen, die sich dort befinden, volle Freiheit für die rumänischen Arbeiter und Bauern, ihre eigene Macht aufzurichten.

2. Aburteilung aller Urheber notorischer Verbrechen gegen die Arbeiter und Bauern und gegen die bessarabische Bevölkerung vor einem Volkstribunal.

3. Herausgabe alles dessen, was als russisches Heeresgut gekennzeichnet und durch Rumänien beschlagnahmt worden ist.

4. Wiederstattung an die Bewohner Bessarabiens alles dessen, was ihnen gestohlen oder konfisziert wurde.

Die Sowjet-Regierungen Rußlands und der Ukraine erwarten binnen 48 Stunden eine klare und unambigüerte Antwort über die Annahme ihres Vorschlags. Im Übrigen behalten sie sich ihre volle Aktionsfreiheit hinsichtlich Rumäniens vor.

Der Volkskommissar für das Auswärtige der russischen Sowjet-Republik:
Tschitscherin.
Der Präsident des Rates der Volksbeauftragten:
Krajsowski.

Räumung des Baltikums.

Zurückziehung der deutschen Truppen.

Auf britische Noten, die die deutschen Truppen der Einmischung in die Regierungsgeschäfte Lettlands beschuldigen, hat die deutsche Regierung in Spa folgende Note überreicht:

Die Note des Herrn Balfour vom 4. Mai hat der deutschen Regierung Veranlassung gegeben, erneut Untersuchung über die jüngsten Vorgänge in Libau vorzunehmen und dabei die Einzelheiten des Inhalts der Note des Herrn Balfour eingehend zu berücksichtigen. Das Resultat der Untersuchung und die darauf von der deutschen Regierung getroffenen Maßnahmen sind folgende:

1. Die deutschen militärischen Behörden in Lettland weisen es nachdrücklich ausdrücklich zurück, daß irgendwelche deutsche Truppen an dem Sturz der lettischen Regierung beteiligt waren. Es besteht vollkommene Klarheit darüber, daß der lettische Stützpunkt selbständig, willkürlich und unter Nichtberücksichtigung aller Verhandlungen seiner lettischen Landbesitzer gehandelt hat. Von deutscher Seite wird keine Argierung in Libau geübt, ihre Rechte als regierende Staatsmacht auszuüben. Der Grundsatze der Nichtmischung in innere Angelegenheiten Lettlands wird von deutscher Seite peinlich gewahrt.

Der Frontausmarsch in Lettland hat die Bedingungen des Ultimatums der alliierten Mächte bezüglich der neuen Kabinettsbildung angenommen. Die lettische Regierung wird also auch durch lettische Truppenkörper am Arbeiten nicht gehindert.

2. Den lettischen Soldaten sind die in der Note des Herrn Balfour erwähnten Waffen bereits zurückgegeben worden.

Der Fortschritt der Bezeichnung „Deutsche Hilfskräfte“ für die deutschen Streitkräfte statt „Besatzungsarmee“ anzunehmen, kann die deutsche Regierung nicht nachkommen. Die Annahme dieser Forderung würde dazu führen, daß die deutschen Truppen die Befehle der Entente durch Vermittlung eines von den Alliierten abhängigen Kabinetts erhalten würden.

3. Die deutsche Regierung zieht vielmehr die gesamten Streitkräfte aus Lettland und Litauen in kürzester Frist zurück. Sie hat die vorbereitenden Schritte zur Herbeiführung einer Waffenruhe und eines sich daran anschließenden Waffenstillstandes mit den gegenüberstehenden Truppen bereits eingeleitet. Die Zurückziehung wird in einem Zeitraum erfolgen, durch welches das dem Deutschen Reich gehörende Eigentum in Lettland und Litauen geschützt werde. Die Verantwortung für die aus der Räumung von Lettland und Litauen entstehenden Folgen trägt die alliierten und assoziierten Mächte.

Unter den von den Alliierten gestellten Bedingungen, unter ihren indirekten Befehlen können die deutschen Truppen nicht kämpfen. Und Deutschland braucht zudem

diese Truppen viel notwendiger in Westpreußen und Oberschlesien, um dort für alle Eventualitäten gerüstet zu sein, um Ruhe und Ordnung in diesen Gegenden aufrechtzuerhalten.

Das Schicksal der Rigadeutschen.

Wie die P. B. N. an zuständiger Stelle erfahren, lenkte die deutsche Regierung in einer Note vom 7. Mai die Aufmerksamkeit der Alliierten erneut auf die entscheidende Not der aus Riga vertriebenen 15 000 Flüchtlinge, die sich auf einer Insel im Rigaischen Meerbusen befinden. Die deutsche Regierung hat angetregt, falls gegen das Werk der Menschlichkeit zur Abstellung dieser Not seitens der Alliierten Bedenken obwalten sollten, die neutralen Staaten zu ersuchen, sich der Flüchtlinge anzunehmen.

Der organisierte Kindermord.

Deutschland soll 140 000 Milchkühe abgeben.

Obwohl Deutschland in der Fleisch-, Milch- und Butterversorgung so erschüttert ist, daß selbst den Säuglingen nicht mehr die notwendige Milch verabreicht werden kann, fordert die Entente von uns Hunderttausende von Tieren, darunter allein 140 000 Milchkühe. Der Mord an deutschen Säuglingen wird dadurch von den Westmächten organisiert. Die Ställe der deutschen Bauern sind bereits schwer ausgeplündert, sie sollen noch weiter geleert werden.

Versailles, 9. Mai. Die laut Friedensvertrag von Deutschland zu leistenden Viehlieferungen belaufen sich im einzelnen folgendermaßen: 1. An die französische Regierung 500 Zuchtstiere von 3 bis 7 Jahren, 30 000 Stutenfüllen und Stuten von 18 Monaten bis 7 Jahren von ardenaischer, boulognaise und belgischer Rasse, 2000 Stiere von 18 Monaten bis 3 Jahren, 90 000 Milchkühe von 2 bis 6 Jahren, 1000 Stöde, 100 000 Schafe und 10 000 Ziegen. 2. An die britische Regierung 200 Zuchtstiere von 3 bis 7 Jahren, 5000 Stuten von 3 bis 7 Jahren, 5000 Stutenfüllen von 18 Monaten bis 3 Jahren, sämtlich schwere belgische Rasse, 2000 Stiere von 18 Monaten bis 3 Jahren, 50 000 Milchkühe von 2 bis 6 Jahren, 10 000 Stöde Jung-rind, 200 Stöde, 20 000 Schafe und 15 000 Mutterseiwine. Die abgelieferten Tiere müssen von normaler Gesundheit und Verfassung sein. Falls die gelieferten Tiere nicht als verschleppt oder beschlagnahmte identifiziert werden können, wird ihr Wert Deutschland kreditiert werden.

Die Meinung der deutschen Delegation in Versailles.

Versailles, 9. Mai. Gestern Abend fand unter dem Vorsitz des Reichsministers Grafen Brockdorff-Rausa eine Sitzung der gesamten Friedensdelegation einschließlich der Kommissare und Sachverständigen statt. Die Sitzung dauerte von 9 Uhr abends bis Mitternacht. Eine große Anzahl Redner äußerte sich zu den einzelnen Abschnitten des Entwurfs und zur Formulierung der Fragen, Bemerkungen und Gegenvorschläge, zu denen der Entwurf Anlaß gibt. Es wurden fünf Arbeitskommissionen gebildet, eine politische, eine wirtschaftliche, eine Finanz-, eine soziale und eine rechtspolitische Kommission. Die Auffassung geht übereinstimmend dahin, daß der Entwurf in der vorliegenden Fassung nicht annahmbar ist.

Hessen und der Erdrosselungsversuch Deutschlands.

Darmstadt, 9. Mai. Zu Beginn der heutigen Sitzung der hessischen Volkskammer gab Präsident Ubelung eine Erklärung bezüglich des Friedensvertrages ab. Er wies darauf hin, daß bei allen Parteien ohne Ausnahme große Entrüstung herrsche, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Stimme der Vernunft und Menschlichkeit nicht ungehört verhallen würde. Ministerpräsident Ulrich erklärte, er wolle feststellen, daß die Regierung mit dem Volke und mit den Vertretern des Volkes durchaus auf einer Linie stehe; sie sei entschlossen, alles zu tun, was im Interesse des Landes liege, um eine derartige Skandalerei vom deutschen Volke fernzuhalten. An alle Regierungen sei der Ruf ergangen, nach Berlin zu kommen, um Stellung zu nehmen zu diesem Friedensvertrag, der Deutschland aufgezwungen werden sollte.

Kommunalisierung des Theaters.

Generalversammlung der Freien Volksbühne.
Politiker und Nationalökonomien mögen darüber streiten, ob auf diesem oder jenem Wirtschaftsgebiet eine umfassende Sozialisierung gegenwärtig durchführbar sei oder nicht. Keinem Zweifel aber kann es unterliegen, daß die Kunst so rasch und so radikal wie möglich aus den Händen des Privatkapitals befreit werden muß. Kamentlich die Betriebe der öffentlichen Bühnen, Theater, Opern und Konzerte bieten sich als reife, ja überreife Objekte der Sozialisierung dar. Es ist ein schweres Versehen der gegenwärtigen preussischen Regierung, daß sie auf diesem Wege auch noch nicht den entscheidenden Schritt gewagt hat, und die Freie Volksbühne erzwang sich ein wahrhaftes Verdienst, als sie in ihrer Generalversammlung am Donnerstag den Entschluß faßte, die Organe unserer sozialen und städtischen Verwaltung aus ihrer bisherigen politischen Haltung aufzurütteln und ihnen gangbare Wege zur revolutionären Umgestaltung der öffentlichen Kunstpflege zu weisen.

In einem ausgezeichneten Referat bezeichnete Dr. Kestricke es als eine dringende Aufgabe unserer Regierung, eine Bühnenkunst zu schaffen, die ohne Rücksicht auf geschäftliche Interessen den großen Massen das Beste zur Anschauung bringt. Da die Freie Volksbühne in diesem Fall lokal begrenzt seien, so müßten die Kommunen die Sache in die Hand nehmen, und besonders Berlin, das über ein reiches Material an Theatern und Künstlern verfügt und in seinen freien Volksbühnen bereits den gesamten für diesen Zweck notwendigen Organisationsapparat besitzt, hätte die Pflicht, mit gutem Beispiel voranzugehen. Die freien Volksbühnen umfassen eine Kunstgemeinde von 70 000 Mitgliedern, die sich im nächsten Jahre auf 100 000 erweitern wird. Dieser Gemeinde hätte die Stadt Berlin zwei Schauspiel-, ein Operntheater und einen Konzertsaal zur Verfügung zu stellen und jedem Mitgliede wären in jedem der zehn Theatermonate des Jahres zwei Vorstellungen vom Konzerte zu bieten. Die Organisation der Volksbühnen — ihrer Leitung, der Vorstellungen, Verlosung der Plätze, weitestgehende Selbstverwaltung der Mitglieder und maßgebender Einfluß des künstlerischen Ausschusses auf Theaterleitung und Spielplan — müsse beibehalten werden. Die Stadtbehörde hat das Aufsichtsrecht über die Einhaltung und die Verwaltung des Etats. Die Kommunaltheater würden mit ihrem festen Besucherstamm besser wirtschaften als die Privatbühnen, da jede Einstudierung voll ausgeführt werden könnte. Die jährlichen Kosten, die Dr. Kestricke auf 3 bis 6 1/2 Millionen Mark berechnet, ließen sich durch den Verkauf von Billetts an Nichtmitglieder — von 7000 abendlich verfügbaren Plätzen könnten 2000 zum Durchschnittspreis von 4 Mk. verkauft werden — reduzieren. Falls die Mitglieder der Kunstgemeinde den Besuch der Vorstellungen nicht unentgeltlich haben sollten, würde durch einen Monatsbeitrag von 2 Mk. für die zehn Spielmonate noch die Summe von 2 Millionen aufgebracht werden, so daß ein Rest

von 1 1/2 bis 2 Millionen übrig bliebe, den die Gemeinden Groß-Berlins zu tragen hätten. Im Hinblick darauf, daß Städte wie Straßburg und Dortmund jährlich 300 000 Mk., Leipzig 5—600 000, Mannheim 8—900 000 Mk. für ihre Theater opfern, wäre dieser Betrag für Berlin wahrlich nicht zu hoch, zumal er den Minderbemittelten — denn nur diese seien in die Kunstgemeinden aufzunehmen — zugute käme. Da die in Vorschlag gebrachte umfassende Organisation immerhin einige Zeit in Anspruch nehmen wird, könnte die Stadt Berlin für die Uebergangsperiode den Freien Volksbühnen wenigstens feste Zuschüsse gewähren und der alten Freien Volksbühne, die keine eigene Bühne besitzt, als der Kunstgemeinde der Zukunft vorläufig ein städtisches Theater zur Verfügung stellen.

Redakteur Böcher, der der Versammlung als Gast beizuhöte, empfahl als für die Kommunalisierung besonders geeignete Theater die bisberigen königlichen Bühnen, an deren kostspieligem und unvollständigem, einen jährlichen Zuschuß von Millionen erfordernden Betrieb die große Masse keinerlei Interesse hat. Die früheren Hoftheater in Hannover, Wiesbaden und Kassel würden jedenfalls von den betreffenden Stadtverwaltungen übernommen werden. Auch das städtische Stabtheater und Reinhardt's Theater der „Fünfstunden“ kämen daneben in Betracht. Das letztere — bekanntlich in den Räumen des bisherigen Zirkus Schumann — solle bis zur nächsten Spielzeit fertiggestellt werden und Reinhardt bemühe sich, die Arbeiterkreise als Abonnenten heranzuziehen, ohne ihnen den geringsten Einfluß auf den künstlerischen Betrieb des Theaters zu gewähren. Diese Mitteilung wurde durch den Geschäftsführer Winkler bestätigt, der erklärte, daß Reinhardt jede Verhandlung mit den Freien Volksbühnen abgelehnt habe, weil er den Minderbemittelten nur die minderwertigen Plätze seines Theaters einräumen wolle. Es sei eine Ehrenpflicht der Berliner Arbeiter, mit Herrn Reinhardt nur korporativ zu verhandeln und jede Abkommensverpflichtung abzulehnen, bevor ihnen ein Mitspracherecht auf die Gestaltung des Spielplans usw. eingeräumt wäre.

Nachdem Kallisi darauf hingewiesen hatte, daß neben den städtischen Bühnen auch Stadttheater bestehen müßten, die gewisse allgemein künstlerische Aufgaben zu erfüllen hätten, wurde folgende Resolution angenommen:

Die Generalversammlung der Freien Volksbühne hält es für eine Pflicht der Kommunen und insbesondere auch der Gemeindeverwaltung von Berlin, in ganz anderem Maße als bisher öffentliche Mittel zur Verfügung zu stellen, um den breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung die Möglichkeit zum Genuß guter Konzerte und einwandfreier Bühnenkunst zu schaffen. Sie sieht den gegebenen Weg zu diesem Ziel in einer Kommunalisierung des Theaters und Konzerte und in der Gründung und finanziellen Förderung von Kunstgemeinden, in die jeder männliche oder weibliche Einwohner der Stadt oder wenigstens jeder Einwohner, dessen Einkommen eine gewisse Höchstgrenze nicht übersteigt, eintreten

kann. Jeder dieser Kunstgemeinden sind mehrere Bühnen und Vortragssäle zur Verfügung zu stellen und solche Mittel zu gewähren, daß sie instande ist, jedem ihrer Angehörigen unentgeltlich oder gegen einen ganz mäßigen Monatsbeitrag etwa alle zwei Wochen eine Konzert- oder Theaterdarbietung zugänglich zu machen, bei der die verfügbaren Plätze auszulösen sind. Den Kunstgemeinden ist, besonders auf künstlerischem Gebiete, weitestgehende Selbstverwaltung einzuräumen, so daß ein von ihren Mitgliedern zu wählender Ausschuss bei der Wahl der künstlerischen Leiter und bei der Bestellung des Spielplans der Bühnen entscheidende Mitwirkung erhält. Nach Möglichkeit ist bei der Ausgestaltung der kommunalen Kunstgemeinden anzuknüpfen an die durch die Freien Volksbühnen geschaffenen Vorbildlichen Einrichtungen.

Solange die Kommunen noch nicht selbständige Kunstgemeinden eingerichtet hat, richtet die Versammlung an die Verwaltung der Stadt Berlin das Ersuchen, der alten Freien Volksbühne, die heute darauf angewiesen ist, ihre Veranstaltungen in fremden Theatern abzuhalten, ein städtisches Theater mit städtischer Subvention zur Verfügung zu stellen.

Die Versammlung hält die Freie Volksbühne für berufen, den Gedanken einer Kommunalisierung des Theaterwesens mit allen Mitteln zu propagieren und beauftragt den Vorstand, in einer ausführlichen Denkschrift so bald wie möglich den städtischen Körperschaften Berlins nähere Vorschläge zu unterbreiten wie auch nach Kräften für ihre Durchföhrung in der Öffentlichkeit zu wirken.

Im weiteren Verlauf der Generalversammlung gebachte der erste Vorsitzende Dr. Conrad Schmidt der verstorbenen früheren Vorstands- bzw. Ausschussmitglieder Rehting, Eisner und Panbayer, und die Versammlung sollte deren Gedächtnis in der üblichen Form, aus dem Reichstagsbericht ist hervorzuheben, daß für die nächste Spielzeit das Residenztheater in Wegsoll kommen wird, dafür aber mit dem Theater am Zoo, dem früheren Friedrich-Wilhelmstädtischen und den beiden Stadttheatern Verhandlungen gepflogen werden. Der Antrag des Vorstandes, die Beiträge für die Abendvorstellungen auf 9 Mk. für die Nachmittagsvorstellungen auf 1,50 Mk. und das Einschreibegeld auf 1,50 Mk. zu erhöhen, wurde ohne Widerspruch angenommen. An Stelle der auscheidenden Mitglieder Robert Schmidt und Dr. Kestricke wählte die Versammlung Süßinger in den künstlerischen Austausch und Hube in den Vorstand.

Die Stützen der Gesellschaft.

Stell wie ein Blü belohnt die Lebens Theatrodrama der Dinge und Demoralisation, wozu gegenwärtig alle Welt angezogen ist. Der Kampf Lebens gegen die faule Moral der „Gesellschaft“ schließt eine so ungeheure nurige Tat ein, daß vor ihr alle Stämme gegen den kompromittierten Ausklang der Handlung verstummen, und die unerbittliche Logik der Beweissführung, wie der der Dichter —

Der Braunschweiger Landtag gegen den Gewaltfrieden.

Braunschweig, 9. Mai. Die heutige Sitzung des Landtags wurde mit einer Ansprache des Vorsitzenden des Rates der Volksbeauftragten Dr. Jospert eingeleitet, in der er sagte: Wir begrüßen die Kundgebung der Reichsregierung mit Genugtuung und heißen uns ihr vollinhaltlich an. Wir hoffen und wünschen, daß es den deutschen Unterhändlern gelingen möge, die Friedensbedingungen wesentlich günstiger zu gestalten. Ich erwarte, daß auch das ganze Haus sich in diesem Sinne einig ist. (Lebhafte Zustimmung.)

„Humanität“ und das Diktat. Friede dreier Männer.

Humanität erfährt, der Friede sei in Wahrheit ein Gewaltfrieden. Aber die Anerkennung des englischen Protektorats über Ägypten, dessen Bevölkerung der schrecklichsten politischen und wirtschaftlichen Unterdrückung unterworfen sei, sagt das Blatt, diese bedeute ein großes, unfürsorgliches Verbrechen. Dieser Friede sei nicht ein Völkerfrieden, sondern der Friede dreier Männer: Clemenceau, Lloyd George und Wilson. Das Blatt sagt: Der Krieg wurde von drei Kaisern angefangen und ist durch drei Antikaisern beendet worden. Aber die Völker bleiben im Schatten, nachdem sie im Blut gewatet hatten. Weiter meint das Blatt, um neuen Generationen neue Kriege zu ersparen, müßten die Völker sich international organisieren, um den Angehörigen mit Menschenanstand, welche leichten Herzens Menschen ins Gemetzel treiben, den Weg zu versperren. Nur eine internationale Organisation der Arbeiter könne einen dauerhaften Frieden gewährleisten.

Amsterdam, 9. Mai. Das Blatt der holländischen Arbeiterpartei „Het Volk“ schreibt in einem Leitartikel zu den Friedensbedingungen: Das Gefühl, das die Friedensbedingungen bei jedem, der nicht von hoch gegen die Besiegten und von Völkerverachtung erfüllt ist, auslöst, ist tiefe Niedergeschlagenheit. Die Friedensbedingungen, die die kriegsverwundeten Deutschland auferlegen wollen, finden keine Grundlagen, auf der das alte Europa seine Kultur wieder aufbauen kann. Damit ist das Urteil über das Werk Wilsons, Lloyd Georges, Clemenceaus und wie die Völker der Bourgeoisie sonst noch heißen mögen, ausgesprochen.

Die österreichische Presse zum Friedensvertrag.

Wien, 9. Mai. Die Blätter erörtern fortgesetzt den Versailles-Friedensvertrag und geben übereinstimmend der Auffassung Ausdruck, daß ein solcher Gewaltfrieden nicht bestehen könne.

Die „Neue Freie Presse“ gelangt zu dem Schluß, daß verhandelt werden müsse und daß die Hartnäckigkeit der Konferenzmächte schwereres Unglück über die Welt brächte. Wenn nicht verhandelt werden sollte, drohe Deutschland keine Widerungen durchsetzen könnte, drohe das Unberechenbare, das aus den Leidenschaften aufsteigt.

Die nunmehr vorliegenden Einzelheiten des Friedensvertrages bekräftigen, wie das „Neue Wiener Tagblatt“ darlegt, den Eindruck, daß das deutsche Volk gedemütigt, entwürdigt, wehrlos gemacht, territorial verkleinert und wirtschaftlich zugrunde gerichtet werden soll. Aus dem Frieden, unter dem das deutsche Volk sich beugen soll, könne nur neuer Haß und der unabdingbare Drang erwachsen, das unerträgliche Joch um jeden Preis abzuschütteln.

Die „Zeit“ schreibt: Der Friedensvertrag wäre eine Vergiftung Europas auf unabsehbare Zeit und Wilsons Rome würde damit vernichtet werden.

Die „Arbeiterzeitung“ schreibt: Der Friede, den Wilson verhandelt, sollte ein Friede werden, welcher der Menschheit neue Wege weist, die Gewalt auslöscht und einen Bund freier Nationen errichtet. Die Versailles-Friedensbedingungen aber würden ganz Mitteleuropa in einen Zustand der wildesten Wärgungen und Zuckungen zurückfallen, in einen Zustand, welcher jede wahre und echte Versöhnung ausschließt.

einem Giganten vergleichbar — aus einem Punkt heraus Schuld und Sühne seines Heiden, des Großkapitalistischen Verwids, emporschleudert, bleibt immer bewundernswürdig. Den Aufbau des Dramas in diesem Sinne auf der Bühne zu erneuern, das war auch wohl gestern im Theater in der Altmühlgraben Straße das Bestreben der Regie. Ein harter Rhythmus ging durch das Ganze. Aus dem schroff übereinander gestürzten Gestein schlugen Funken und Flammen. Dazwischen blühte die Blume kraftvoller Menschlichkeit und zäherer Lust auf. Zumal in den Lösungen des Schlußaktes, wo wirliche historische Stimmung die Szene durchpulste. Das bewirkte hier gerade das warmblütige Feinabwägen der Szenen, allen voran Elise Rejmanna, die der Lona Hessel die ganze Energie einer wahrhaft freien, heiligen Kämpferin und edelmütigen Weibensinn verlieh.

Aber Karsten Bernard: das war er in der Tat, wie ihn Alfred Abel in seiner konsequenter Art verkörpert, ohne Rücksicht darauf, ob die Durchführung seines egoistischen Ziels und Willens das Wohlwollen, wenn nicht gar das Leben ihm in die Hände gespielter Menschen, mögen es Fremde, mögen es Familienmitglieder sein, gefährdet.

Greta Dierks ist eine gute Dina, wie wohl diese etwas jünger scheinen sollte. Alexander Eckert dem und aufrecht. Noch eine gute Weile nach Schluß konnte sich das Publikum an stürmischen Beifallsbezeugungen nicht genug tun.

Notizen.

— Theater. Das klassische Theater veranstaltet in der Volkshalle am 24. Mai, nachmittags 3 Uhr, eine Sondervorstellung von Shakespeares „Wilhelm Tell“. Gastkarten zu 1,50 M., auch Doppel-, Dreifach- und Vierfachkarten, sind zu bestellen bei sämtlichen Großverteilern, Buchhandlungen und bei der Geschäftsstelle, Berlin NO. 18, Bernauer Straße 18.

— Berliner Konzerte. Vor einer überraschend zahlreichen Besetzung gab Fritz Haber, Mendelssohn ein Konzert. Denke Jahre genügend, ihm im Berliner Musikleben eine orientierte Stellung zu sichern. Heute gilt er schon als tätiger Cellist, jedenfalls als einer der regionalen vom jungen Nachwuchs. Klavierspieler, leichter Vokalist, überhaupt virtuose Technik weist er so reichlich auf. Obzwar Tonfälle, geläufiger Akkordismus und noch gelegentlicher Sorgfalt im Bassregister wird er gewinnen. Auch Stellen von Vuccerini, Gernsheim, Mozart (besonders „Adagio“ schon gespielt wurde), hörten wir eine Suite im alten Stil von Ludwig Mendelssohn, dem Musikverwalter: hübsche melodiöse Heinz Sachen, die, belüßt vom Cellisten vorgetragen, sehr gefallen.

— Güte-Vorlesungen an der Universität Berlin. Von der Universität werden Vorlesungen und Einzelvortrüge hervorragender Praktiker und anerkannter Gelehrter veranstaltet werden. U. a. wird Vizepräsident Paul Dirich drei Einzelvortrüge über „Kommunalpolitische Probleme“ halten.

Ungarische Pressestimmen.

Deutschlands Todesurteil.

Budapest, 9. Mai. Die ungarische Presse bezeichnet die Versailles-Friedensbedingungen als ein pathologisches Aien-tum, das die Verführung der Diktatur des Kapitalismus bedeute. Der „Pester Lloyd“ nennt das Verdict von Versailles über Deutschland ein Todesurteil und betont, es sei zweifellos, daß die Bedingungen dieses Friedensvertrages praktisch niemals durchgeführt werden könnten. Die Entente stelle an die deutsche Arbeiterschaft das frevelhafte Unsinne, auf unabsehbare Zeiten für fremde Interessen ein Sklavenleben zu führen. Dieser Friedensvertrag müsse dem deutschen arbeitenden Volke zurufen: Du hast nichts mehr als deine Ketten zu verlieren! Die Entente werde erfahren, daß gegen die wirtschaftliche und soziale Gefährdung keinerlei Siegesgewalt aufzukommen vermöge. — Die „Volkstimme“ sagt: Nach diesem Diktat wird das deutsche Volk nicht mehr geneigt sein, sich im Interesse der Entente als Volkswerk gegen den Volkswidrigismus gebrauchbar zu lassen.

Die norwegische Presse.

Kristiania, 9. Mai. Die heute von amtlichen Morgenblättern im Heftauszug veröffentlichten Friedensbedingungen werden von der gesamten Presse als außerordentlich hart, teilweise als über jedes Erwarten schwer bezeichnet. Nur der Leitartikel von „Aftenposten“ ist auf den Ton gerichtet Strafe für den Schuldigen bestimmt, während alle übrigen Blätter mit Ausnahme „Tidningsbladet“ und „Intelligensbladet“, die sich der Stellungnahme enthalten, in den Friedensbedingungen den Sieg des Machtwillens über Wilsons ursprünglichen Rechtsgefühlen erblicken. „Morgenbladet“ meint, von einem Verständigungsfrieden sei keine Rede. Die Friedensbedingungen bedeuteten Verschlechterung von Bismarcks Werk. Deutschland solle von einer Großmacht zu einem Staat dritten oder vierten Ranges degradiert werden. Das Blatt wirft die Frage auf, ob ein großes Volk solche Bedingungen ertragen könne. „Tidningsbladet“ schreibt, ein derartiger Friede bedeute für die ganze Menschheit einen ungeheuren Verlust an moralischen Werten, welche die Hoffnung der Menschen in dieser Zeit gebildet hätten. Das deutsche Volk werde durch solche Bedingungen künftig zu einem gebundenen und gefesselten Volke gemacht werden. So stehe der vorgeschlagene Friede in tiefstem Gegensatz zu den grundlegenden Prinzipien des Völkerbundes.

„Socialdemokraten“ schreibt: Falls das Undenkbare geschehen sollte, daß die deutsche Regierung auf eine derartige Uebereinkunft einginge, würde Deutschland tatsächlich eine Kolonie werden. Die Zeitung „Nationen“ sagt: Die geforderte Erschleifung für Tonangebende laufe auf das Ausschleiden Deutschlands als feindseliger Staat hinaus. Derartige Bedingungen zeigten, daß man einem reinen Gewaltfrieden gegenüberstehe. Dieser Eindruck werde vermehrt durch das Verlangen der Auslieferung des Kaisers und einer Reihe seiner Offiziere. Hierbei handele es sich nicht nur um einen Racheakt, sondern um das Bestreben, Deutschland die fürchterlichste Demütigung zuzufügen.

Die französischen Sozialisten gegen den Gewaltfrieden.

Genf, 9. Mai. (Z.N.) Nach Pariser Meldungen bereiten die französischen Sozialisten für Sonntag große Kundgebungen gegen den Clemenceau-Frieden vor, der von der sozialistischen Presse aller Schattierungen auf das heftigste angegriffen wird. In französischen Regierungskreisen herrscht wegen des Verlaufs der Demonstrationen große Besorgnis, und man rechnet auf heftige Zusammenstöße zwischen den Demonstranten und der Polizei. Polizei und Militärbehörden haben für Sonntag, an dem die Kundgebungen stattfinden werden, umfangreiche Vorsichtsmaßnahmen getroffen.

Die bayerische Regierung gegen ein Koalitionsministerium.

München, 9. Mai. Zu der Frage der Bildung eines Koalitionsministeriums in Bayern wird der „Münchener Zeitung“ der Standpunkt der Regierung dahin präzisiert, daß sämtliche sozialistische Minister zurücktreten werden, im Falle die Parteien zur Bildung eines Koalitionsministeriums schreiten.

Zunächst keine Einberufung des bayerischen Landtages.

München, 9. Mai. Von Münchener Regierungsseite wird der „Münchener Zeitung“ mitgeteilt, daß der bayerische Landtag in der nächsten Zeit noch nicht einberufen werde.

Weitere Ruhestörungen in München.

München, 9. Mai. Die vergangene Nacht ist ziemlich unruhig verlaufen. Mehrfach wurden Regierungssoldaten überfallen. Wegen eines Doppelpostens an der Martinskirche wurden Handgranaten geworfen. In Schwabing wurde ein Sportkist auf der Flucht von einem Soldaten erschossen. Zu den in den letzten Tagen verhafteten Personen gehören auch der kommunistische Polizeipräsident Dösch und der Rosenheimer kommunistische Stadtkommandant Rheinheimer, der als Frau verkleidet in der Nähe von Aibling festgenommen werden konnte.

Keine Maßregelung. Der Fall Döbbeke.

Zu der Meldung der „Freiheit“ von der Maßregelung des Referendars Döbbeke in Allenstein aus angeblich politischen Gründen (D. ist Anhänger der U. S. P.), haben wir sofort bemerkt, daß gegen D. sehr schwere Anschuldigungen persönlicher Natur erhoben worden seien. Die „S. A.“ bestätigt jetzt aus anscheinend gut-unterschiedener Quelle, daß D. in der Tat weder für den Justizdienst noch für die U. S. P. eine Stelle darstellt. D. hat im Kriege umfangreiche Schiedungen mit Lebensmitteln und Waren aller Art getrieben. Das gegen ihn eingeleitete Strafverfahren wegen Kettenhandels usw. ist nur durch die Amnestie nicht zur Entscheidung gelangt. Außerdem hat Döbbeke einen seiner Vorgänger in einem Flugblatt auf leichfertige Redereien hin Homosexualität vorgeworfen. Nach der Enthüllung der Döbbekeschen Privatgeschäfte bewilligt der Volksgerrat Allenstein einstimmig, ihn wegen seiner Schiedungen und bewiesenen außerordentlichen Gewinnsucht auszuschießen. Erst später hat ein neugewählter Volksgerrat ihn wieder aufgenommen.

Der Fall D. dürfte damit für die Öffentlichkeit erledigt sein. Unabhängig davon bleibt andere Forderung eines geordneten Rechtsaufbaus für die Referendare bestehen.

Berlin, 9. Mai. (Z. U.) Die von mehreren Blättern gebrachte Nachricht, daß Dr. Stresemann in das Kabinett eintritt, wird bestritten.

„Komme, was kommen mag.“

Die Deutsche Volkspartei fordert Ablehnung des Friedensvertrages.

Berlin, 9. Mai. Die in Berlin anwesenden Mitglieder der Deutschen Volkspartei in den Versammlungsbereichen der Deutschen Volkspartei und Preußens waren heute zu einer gemeinsamen Versammlung zusammengetreten, um Stellung zu dem Friedensvertrage der Entente zu nehmen. Die Erörterungen gaben völlige Uebereinstimmung darüber, daß dieses Friedensangebot unserer Seite mit der Ehre des deutschen Volkes unvereinbar und daher gänzlich unannehmbar ist. Die Deutsche Volkspartei wird das deutsche Volk aufrufen, diesen Schmach- und Vernichtungsfrieden, komme danach, was kommen mag, unter allen Umständen abzulehnen.

„Komme, was kommen mag“, ist leicht und bequem gesagt. Mit solchen Phrasen sind die Herrschaften ihrerzeit auch in den unbeschränkten U-Boot-Krieg hineingegangen. Solche verantwortungslos Politik lehnt das deutsche Volk auf das entschiedenste ab.

Sie fürchten Ausschreitungen.

Hamburg, 9. Mai. Am Liegeplatz der englischen Kriegsschiffe haben die Engländer am Donnerstag, an dem die Friedensbedingungen bekannt wurden, ihre Sicherheitsvorkehrungen wesentlich vermehrt, z. B. schon am frühen Morgen Maschinengewehre aufgestellt.

Kundgebungen der Hamburger Bürgerschaft.

Hamburg, 9. Mai. Zu einer feierlichen Kundgebung gegen die feindseligen Friedensbedingungen gestaltete sich die heutige gemeinsame Sitzung von Bürgerschaft und Senat. Der Präsident der Bürgerschaft erhob in einer Ansprache Widerspruch gegen diese vernichtenden Bestimmungen und rief das Bewußtsein der Völker um einen Frieden der Verständigung und der Gerechtigkeit an. Der Präsident des Senats, Bürgermeister Dr. Meiß, brandmarkte das Vorgehen der feindseligen Alliierten mit scharfen Worten. Das Haus unterbrach zum Zeichen der Zustimmung die Sitzung.

Der Vollzugsrat für Meinungsfreiheit.

???

Der Vollzugsrat beschloß am Freitag in der heute stattfindenden Vollversammlung Stellung zu nehmen zu den Friedensbedingungen der Entente.

Des weiteren wurde der Antrag der S. P. D. im Falle Richter noch einmal erörtert. Die Stellung der U. S. P. D. ist bereits bekannt. Die S. P. D. gab zum Falle Richter folgende Erklärung ab:

Die Fraktion der S. P. D. hält daran fest, daß der frühere Beschluß, wonach Stadtratsmitglieder und Gemeindevorsteher dem kommunalen Arbeiterrat nicht angehören dürfen, noch zu Recht besteht und dem entsprechend auch für den Vollzugspräsidenten Richter gelten muß.

In Anbetracht des Umstandes, daß ein Antrag auf Änderung des erwähnten Beschlusses vorliegt, erklärt sich die Fraktion damit einverstanden, daß auch der Fall Richter an den kommunalen Ausschuss überwiesen wird.

Die Angelegenheit wird als 1. Punkt der morgen stattfindenden Vollversammlung behandelt werden.

Des weiteren wurde Stellung genommen zu der Beschwerde des Zentralrates gegen den Beschluß des Vollzugsrates vom 17. April im Falle des Richters W. Der Zentralrat wie auch die Mitglieder der S. P. D. behaupten, daß dieser Beschluß Maßregelungen aus politischen Gründen gesehe. Nach längerer Aussprache faßte der Vollzugsrat einstimmig folgenden Beschluß:

Der Beschluß vom 17. April wird in der Öffentlichkeit falsch ausgelegt. Um alle Unklarheiten zu beseitigen, erklärt der Vollzugsrat, daß der Beschluß des Vollzugsrates vom 17. Februar nach wie vor maßgebend sei. Dieser Beschluß lautet:

„Der Vollzugsrat hält es mit dem Recht der freien politischen Ueberzeugung jedes Staatsbürgers für völlig unvereinbar, daß ein Arbeiter, Angestellter oder nichtpolitischer Beamter aus politischen Gründen entlassen wird und ersucht alle Arbeiterräte Groß-Berlins Entschlüsse nach dieser Richtung im Sinne der eingangs aufgestellten Grundsätze zu treffen.“

Des weiteren wurde folgender Antrag der S. P. D. gegen die Stimmen der S. P. D. und Demokraten angenommen:

„In der Sache W. ändert der Vollzugsrat seinen Beschluß dahin ab, daß die Arbeiter eines Betriebes, die mit Werbern für Freiwilligentrupps nicht zusammenarbeiten wollen, vom Vollzugsrat in Gemäßheit des Beschlusses der Vollversammlung nicht zu einer Stellungnahme veranlaßt werden können.“

Die Lohnforderungen der Telegraphenarbeiter vor dem Lohnamt des Reichsarbeitsministeriums.

Die Verhandlungen fanden am 9. Mai abends ihren Abschluß durch einen Schiedsspruch, der lediglich eine Zustimmung zu den unzulänglichen Zugeständnissen der Reichspost- und Telegraphenverwaltung darstellt. Der Schiedsspruch wurde verkündet mit der Einleitung, das Schiedsgericht habe sich nicht davon überzeugen können, daß die Tätigkeit der Telegraphenarbeiter eine höhere Bezahlung wie die der Eisenbahn rechtferliche. Abgesehen von einigen wohlgemeinten Ratsschlägen der Reichspost- und Telegraphenverwaltung enthält der Schiedsspruch nichts, was geeignet wäre, die Erregung der Arbeiterschaft über ihre mangelhafte Bezahlung zu dämpfen. Innerhalb der nächsten vierzehn Tage sollen die Arbeitnehmervertreter erklären, ob sie mit der Reichspost- und Telegraphenverwaltung bereit sind, sich dem Schiedsspruch zu unterwerfen. Nach Lage der Dinge muß bezweifelt werden, daß die Arbeiterschaft zu dem Schiedsspruch ja und Amen sagen wird, nachdem die Verwaltung gezeigt hat, daß sie nicht gewillt ist, ihren Herrenstandpunkt zu verlassen.

Versicherungsangestelltenbewegung.

Die am 9. Mai in den Remisehallen versammelten Versicherungsangestellten, die größtenteils im Deutschen Demokratischen Gewerkschaftsbund organisiert sind, erklärten, daß sie in diesem vereinigten Handlungsgehilfen-Verein weder ihrer Vergangenheit noch ihrer Zukunft nach das Recht haben, sich als Interessentenvertretung der Versicherungsangestellten zu bezeichnen. Ferner erklärten die Versammelten, daß die drei feststehenden Verbände allein zur Vertretung der Interessen der Versicherungsangestellten und zu Tarifverhandlungen berechtigt sind.

Der Werbedienst W. m. d. V. bittet und um die Feststellung, daß er mit dem „Werbedienst der deutschen Republik“ nicht identisch ist, noch zu ihm irgendwelche Beziehungen hat.

Gewerkschaftsbewegung

Vor dem Generalstreik im Groß-Berliner Buchhandel.

Die am Donnerstag in den Arminhallen tagende Vollversammlung der Ortsgruppe Berlin des Angestellten-Verbandes des Buchhandels, Buch- und Zeitungsgewerbes nahm den Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Arbeitgeber entgegen. Die Arbeitgeber boten für

Jugendliche bis zum vollendeten 18. Lebensjahre	60 M.
" " " " " " " "	17. " 100 "
" " " " " " " "	18. " 130 "
" " " " " " " "	19. " 160 "
" " " " " " " "	20. " 100 "

während z. B. nach dem Schiedsgericht des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin ledige weibliche Hilfskräfte unter 18 Jahren 235 M. vom Magistrat der Stadt Berlin erhalten. Ebenso lächerlich niedrig sind die Gehälter für Angestellte über 20 Jahre. Während eine einfache ledige Hilfskraft beim Magistrat der Stadt Berlin heute als Anfangsgehalt 335 M., eine qualifizierte Hilfskraft ein Mindestgehalt von 365 M. erhält, sollen Buchhandlungsgehilfen mit einem Anfangsgehalt von 250 M. zufrieden sein, und Hilfsarbeiter gar sich mit 225 M. abfinden lassen. Das anfänglich zugesandene Mitbestimmungsrecht verlausulierten die Arbeitgeber nachträglich so, daß dessen Kern völlig verdunkelt wird. Obwohl lediglich durch das Verhalten der Arbeitgeber die Verhandlungen endlos verschleppt worden sind, gefanden die Arbeitgeber nur die Rückwirkung der Gehaltsfeste auf den 1. April 1919 zu, während sie die Mindestgehälter von 40 M. bzw. 45 M. mehrheitlich auf die Dezembergehälter berechneten. Die Wirtschaftshilfe wurde in der unzulänglichen Höhe eines Monatsgehälts bewilligt und soll abendrin noch in drei Raten zahlbar sein.

Die Bekanntgabe des Angebots erregte fürchterlichen Protest; alle Diskussionsredner wiesen auf die Unannehmbarkeit dieser Vorschläge hin und forderten zur einstimmigen Ablehnung auf. Eine aus den Reihen der Versammlung eingehende und fast einstimmig angenommene Resolution hatte folgenden Wortlaut: „Die in den Arminhallen tagende Vollversammlung der Ortsgruppe Berlin des Angestelltenverbandes des Buchhandels, Buch- und Zeitungsgewerbes hält das Angebot des Arbeitgeberverbandes der Deutschen Buchhändler, Ortsgruppe Berlin, für gänzlich unannehmbar. Sie beantragt die beiden an den Verhandlungen teilnehmenden Organisationen, den Angestelltenverband des Buchhandels, Buch- und Zeitungsgewerbes und den Zentralverband der Handlungsgehilfen alle Maßnahmen zu treffen, um eine wirklich annehmbare Klärung der Gehalts- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. Ebenso muß das Mitbestimmungsrecht in klarer, eindeutiger Form anerkannt werden. Die Versammlung gelobt, allen Anweisungen der Organisation bis in alle Konsequenzen unbedingt Folge zu leisten.“

Die Versammlung beschloß schließlich einstimmig die Festsetzung einer Frist bis Dienstag, den 13. Mai, mittags 12 Uhr, nach deren Ablauf alle erforderlichen Maßnahmen zur Durchsämpfung der Forderungen der Buchhandlungsangestellten eingeleitet werden sollen.

Beginn der Verhandlungen mit den Arbeitgebern für das Buchgewerbe.

Nachdem nunmehr die Arbeitgeber des Papierfaches sich zu einem Arbeitgeberverband zusammengeschlossen haben, haben sie sich bereit erklärt, in Verhandlungen zum Abschluß eines Kollektivvertrags einzutreten. Die beiden gewerkschaftlichen Organisationen Angestelltenverband des Buchhandels, Buch- und Zeitungsgewerbes und Zentralverband der Handlungsgehilfen haben beschlossen, sämtliche Verhandlungen im Buch- und Papierfach gemeinsam zu führen, sie laden die Obleute der Angestelltenverbände — und in Betrieben ohne Ausschuss die Vertrauensleute — zu einer Versammlung am

Montag, den 12. Mai, abends 7 Uhr, nach den Prachtställen III-Berlin, Blumenstraße 10,

wo über die nächste Woche beginnenden Verhandlungen beraten werden soll. Um Irrtümer zu vermeiden, wird darauf hingewiesen, daß zu dieser Versammlung nicht die Obleute aus dem Buchhandel, den reinen Druckereien und den Annoncenexpeditionen erscheinen sollen, da diese bereits eine Versammlung gehabt und die entsprechenden Beschlüsse gefaßt haben. Es handelt sich also nur um Geschäftsbuchdruckereien, Papierhandel und -industrie, Briefumschlagfabriken, Buchbindereien und Kartonnageindustrie usw.

Zur Organisierung von Krankenpflegern und Schwestern.

Eine stark besuchte Versammlung der in Lazaretten, Krankenhäusern, Kliniken und Privatpflege tätigen Schwestern und Pfleger beschäftigte sich gestern wieder mit der Organisationsfrage. Sehr zahlreich hatten sich besonders die Schwestern eingefunden, darunter viele vom roten Kreuz. Auf Verlangen einer früheren Versammlung war eine Siebener-Kommission mit dem Verband der Staats- und Gemeindegewerkschaften in Verhandlungen getreten, um den Anschluß des gesamten Krankenpflegepersonals an den Verband herbeizuführen. In dem gestern erstatteten Bericht der Kommission betonte Kamerad Schulze nochmals die Notwendigkeit, sich zusammenzuschließen. Er schilderte die Lage des Pflegepersonals, daß bei übermäßig langer Arbeitszeit, dürftiger Entlohnung erhält für die Privatwirtschafterin kommt dazu noch die Ausbeutung durch sogenannte Schwesterheime, die eine sehr tragwürdige Unterkunft bieten. Lebhaftige Zustimmung fand der Redner mit seiner Forderung, die von ihm als Repperdeime bezeichneten Unterkunftsstätten zu beilegen. Die Verhandlungen mit dem Staats- und Gemeindegewerkschaften-Verband über die Organisationsfrage sind zunächst

erfolgreich geblieben, weil die Verhandlungsleitung glaubt, der geplanten Sektion für Krankenpflege nicht das gewünschte Maß von Selbständigkeit einzuräumen zu können. Schulze empfahl danach, der bereits bestehenden besonderen Organisation „Christliche Vereinigung für Krankenpflege“ beizutreten. Schwester Goldberger referierte über die Aufgaben der Vereinigung, die ganz auf freigeberwerblichem Boden stehen werde und erörterte die Satzungen. Die Rednerin hofft, daß der im Auge zu behaltende Anschluß an den Verband sich in nicht zu ferner Zeit doch werde erreichen lassen. Für die Wirtschaftliche Vereinigung haben sich bisher 500 Mitglieder gemeldet. Die Diskussion brachte noch manchen Beitrag zur Beleuchtung der Zustände im Krankenpflegebereich. Unter den aufgestellten Forderungen wurde immer wieder besonders die des Achtstundentages hervorgehoben. Mehrere Pfleger rieten zum Anschluß an den Staats- und Gemeindegewerkschaften-Verband, den auch ein Vertreter des Verbandes empfahl. Die Siebener-Kommission wurde beauftragt, Richtlinien für die Forderungen des Krankenpflegepersonals zur Hebung seiner sozialen Lage auszuarbeiten. Eine Dreier-Kommission soll sich vom Vorkommisrat ermächtigen lassen, die Schwesterheime zu kontrollieren, um die Ausbeutung der Schwestern zu unterbinden.

„Die vierte Million.“ In der unter obiger Überschrift in der Nr. 233 des „Vorwärts“ vom 7. d. M. enthaltenen Notiz über die Stärke der Gewerkschaften wird uns vom Vorstand des Transportarbeiterverbandes folgendes mitgeteilt:

In diesem Aufsatz ist die Mitgliederzahl unserer Organisation mit 272 000 angegeben. In Wirklichkeit zählte unser Verband am 31. März d. J. 333 793 Mitglieder. Inzwischen ist die Zahl derselben weiter gestiegen, so daß zurzeit die Mitgliederzahl von 350 000 erheblich überschritten worden ist.

Die Kunstgewerbezeichner.

In aller Stille hat sich im Januar dieses Jahres der Ausschluß des Verbandes der Kunstgewerbezeichner an den Deutschen Techniker-Verband vollzogen. Nachdem dadurch ein starker Rückhalt geschaffen war, ging die Fachgruppe der Kunstgewerbezeichner mit der Leitung des Deutschen Techniker-Verbandes daran, auch für die angestellten Zeichner des Kunstgewerbes Gehaltsverhältnisse aufzustellen, die den gegenwärtigen Lebensbedingungen einstmeheren entsprechen. Es wurden Richtlinien aufgestellt für Arbeitszeit, Mindestgehälter, Ferien usw. Für die Vorkommisrat-Körperzeichner soll auch der Tarif maßgebend sein, wie er jetzt für die Angestellten der Metallindustrie zum Abschluß kommt. Die Kunstgewerbezeichner haben zusammen mit sämtlichen Angestellten und Arbeitern dieser Branche ihre Forderungen aufgestellt und vertreten. Sie sind zu einem Provisorium gekommen. Der Tarif ist fertig beraten und soll am Sonnabend zum Beschluß erhoben werden. Für die Taßpfeizerzeichner haben schon Verhandlungen stattgefunden, doch haben dann die Fabrikanten dieser Branche erklärt, daß es nicht möglich sei, einen Tarif für Kunstgewerbezeichner aufzustellen. Sie wollen einzeln mit den Angestellten verhandeln, das heißt mit anderen Worten, man will dem Angestellten vorzeichnen, was er verdienen darf. Inzwischen haben sich die Herren eines Besseren bedonnen und sind zu weiteren Verhandlungen bereit. Für die Branche der Stickerzeichner ist der Streit entbrannt, welche Organisation zuständig ist, um deren Interessen zu vertreten, ob der Deutsche Techniker-Verband oder der Textilarbeiterverband. Wenn diese Frage gelöst ist, wird man auch da energisch vorgehen können. Die Roden- und Konfektionszeichner haben mit den Unternehmern dieser Branche einen Tarif ausgearbeitet, der in den nächsten Tagen einen letzten Beschlußfassung vorliegt. Er gilt nur bis 30. Juni d. J. Wir erwarten ganz bestimmt, daß der nächste Tarif bedeutend höhere Sätze ausweist, denn wie ein Mensch mit monatlich 250 M. auskommen soll, wissen uns die Unternehmer erst mal vorzumachen. Die Branche der Innenarchitekten und Möbelzeichner ist am härtesten vertreten und doch sind sie noch am weitesten zurück mit den Wünschen für Mindestgehälter usw. Schuld daran ist das Verhalten des Vereins Berliner Möbelindustrieller. Dieser hatte sich bereit erklärt, zu verhandeln, und gibt nun aber an, nicht zuständig zu sein. Wenn nun auch sofort Verbindungen mit weiteren Arbeitgeberorganisationen der Holzindustrie und des Kunstgewerbes hergestellt wurden, so zeigt doch die folgende Entschleunigung, die Stimmung in den Kreisen der Innenarchitekten und Möbelzeichner.

Die in der Fachgruppe der Kunstgewerbezeichner des Deutschen Techniker-Verbandes organisierten Innenarchitekten und Möbelzeichner protestieren in ihrer Mitgliederversammlung abermals gegen die Verdrängung ihrer Forderungen. Sie betonen es, daß die Leitung des Deutschen Techniker-Verbandes versucht, zusammen mit dem Deutschen Holzarbeiterverband ihren Forderungen Gehör zu verschaffen. Es werden alle Kollegen dieser Branche aufgefordert, in der Vorkommisrat-Versammlung am 6. Mai im Schulhof, Neue Kassestr. 24/25, zu erscheinen und die noch unorganisierten Kollegen mitzubringen.

Die Angestellten der Preisprüfungs- und Erfahrmittelstelle Groß-Berlin (Kommunalverband) haben am 30. März durch den Vorsitzenden der Interessengemeinschaft der Groß-Berliner Kreis-Kommunalverbände an den Vorsitzenden der beiden Dienststellen das Ansuchen gerichtet, sie in Bezug auf Besoldung und Mitbestimmungsrecht mit denen der Reststelle gleichzustellen. Vor allem sind die Revisionen auch heute noch völlig unzureichend besetzt. Noch im Januar d. J. sind Kreisangehörige als Revisionen mit einem Anfangsgehalt von 225 M., das heute noch nicht mehr als 300 M. beträgt, eingestellt worden. Da eine Regelung noch nicht erfolgt, ist der Behörde eine Frist bis zum 12. Mai, mittags 12 Uhr, gestellt worden. Falls bis zu diesem Zeitpunkt dem Ausschusse gegenüber befriedigende Erklärungen nicht abgegeben werden, wird durch die unabhängige Organisation der Schlichtungsausschuss angerufen.

Die Einrichtung eines städtischen Nacharbeitsnachweises für das Fleischnachweises beschloß die Mitglieder-Versammlung, Zweigverein Berlin und Sorocle, des Verbandes der Friiergehilfen beim Magistrat zu beantragen, da die Schaffung eines paritätischen Arbeitsnachweises bei den Arbeitgebern keinen Anflug findet. Dem Bericht der Lohnkommission über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern folgte eine lebhaftige Debatte, in der zum Ausdruck kam, daß man die Verschleppungspolitik der Arbeitgeber nicht mehr begünstigen darf. Als endgültiger Termin für die Antwort der Arbeitgeber wurde der 15. Mai beschlossen. Die Versammlung war einstimmig der Meinung, daß die Verhandlungen, die beinahe 4 Monate dauern, zum Abschluß gebracht werden müssen.

Eine Viertelmillion Mitglieder

dat der Holzarbeiterverband am Schlusse des ersten Quartals 1919 erreicht. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ vermutet, daß diese Zahl heute bereits bei weitem überschritten ist. Das Verbandsorgan hat eine Auflage von 275 000 Exemplaren erreicht. Bemerkenswert ist, daß die Zunahme an weiblichen Mitgliedern im Holzarbeiterverband entfällt. Ihre Zahl beträgt zurzeit rund 80 000.

An alle Bekleidungs- und Instandsetzungsgewerksamer Deutschlands!

Am Montag, den 20. Mai und folgende Tage, vormittags 9 Uhr, findet in Berlin, Gewerkschaftshaus, Engelstraße 14/15, der Kongreß sämtlicher Bekleidungs- und Instandsetzungsgewerksamer statt. Die Tagesordnung wird noch bekanntgegeben. Nähere Information geht jedem Amt zu. Der Führer-Ausschuss der Bekleidungs- und Instandsetzungsgewerksamer Deutschlands.

Entlassene Zivilangestellte und -arbeiter des Flugplatzes Dberries! Der Schlichtungsausschuss hat sich am Mittwoch vertagt und den Parteien für einen weiteren Termin besondere Aufgaben gestellt. Um überhaupt die Angelegenheit weiter verfolgen zu können, ist es unbedingt nötig, daß alle Beteiligten zu einer Besprechung im „Nordischen Hof“, Invalidenstr. 126, morgen, Sonntag vorm. 10 Uhr, erscheinen. Eine Liste zur Eintragung der Personellen, die für die weiteren Verhandlungen dringend gebraucht wird, liegt bereits ab 10 Uhr vormittags auf. Alle etwa aus dem Schiedsgericht des Schlichtungsausschusses sich ergebenden Vorbehalte können sich nur auf diejenigen erstrecken, die am Sonntag ihre Ansprüche durch Namensunterschrift geltend machen. Lindschmidt, Höhe.

Ein eigenartiger Arbeitgeber scheint, wie uns aus Wilmersdorfer Parteifreien geschrieben wird, der Inhaber der „Johannisk“, Herr Heilmann, Köpenicker Str. 71, zu sein. In diesem Betriebe werden gegenwärtig acht Personen meist jugendlichen Alters beschäftigt. Als einer unserer dort beschäftigten jüngeren Genossen vor kurzem den Wunsch äußerte, bei anderweitiger Festsetzung der Arbeitszeit durch den Prinzipal im Interesse der Arbeiterkassen mitzuwirken und fernerhin bestrebt war, seine Arbeitsgenossen gewerkschaftlich zu organisieren, wurde derselbe am 30. April kurzerhand entlassen. Grund: Er begehre die Arbeiter und treibe dieselben in die sozialdemokratischen Versammlungen. An Herrn H. scheint noch öfter Darstellungen die neue Zeit spurlos vorübergegangen zu sein.

Zu den allgemeinen Neuwahlen der Arbeiterräte nahm der Zentralverband der Fleischer in seiner Versammlung Stellung. Böllin als Referent schlug vor, eine Kommission zu bilden, welche die Vorkarbeiten für die Wahlen innerhalb der Berufsgruppe übernehmen soll. Protest müsse dagegen erhoben werden, daß Fleischermeister, unter dem Deckmantel als Kleinwerkbetreibende, zur Wahl zugelassen würden. Einen selbständigen Barbier oder Fleischermeister, auch den Arzt und den Juristen, welche eine Hilfskraft benötigen, kann man nicht als Unternehmer betrachten, diesen muß das Wahlrecht eingeräumt werden. Anders mit den Handwerksmeistern der Lebensmittelindustrie, den Bäcker- und Schlächtermeistern, welche zwar keine fremde Hilfskraft, dafür aber Kraft und Aender Tag und Nacht durch Arbeitsleistung ausbeuten. Fleischerzeit mit 1400—1600 eingeschriebenen Karten werden mit 20—25 000 M. bezahlt.

Aus der sehr regen Diskussion war zu ersehen, daß die Versammlung mit den Ausführungen des Referenten ziemlich gleicher Meinung war. Unter Verbandsangelegenheiten machte Kollege Krawitz bekannt, daß erneut ein Antrag beim Demobilisierungsausschuss auf gänzliche Aufhebung der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung eingereicht sei.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Versammlungen am Sonntag den 11. Mai.

Vormittags 9 Uhr oder in den Untereparatur-Berhältnissen beschäftigten Personen im Leberechtsbau, Alexanderstr. 41 (ex. Saal), Tagesordnung: Bericht der Arbeiterräte, Vortrag über das Rätegesetz. (Referent: Paul Erfert.) Verschiedenes.

Vormittags 10 Uhr oder in den Metallarbeiten Groß-Berlin beschäftigten Kollegen in Schul-Prachtställen, Köpenicker Str. 2, am Alexanderplatz, Tagesordnung: Unsere Lohnverhältnisse und der Kollektivvertrag. Verschiedenes.

Vormittags 10 Uhr Vorkommisrat-Versammlung der Bananenschläger im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 14/15. Tagesordnung: Verbands- und Branchenangelegenheiten, Diskussion, Verschiedenes. Kollegen, es wird jedem zur Pflicht gemacht, in den Versammlungen zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert.

Versicherungsgewerkschaft! Sonntag vormittags 10 Uhr findet in der Villa des Sophien-Neulandmanns Steinstr. 31/34 (an der Alten Schindlerstraße) eine Versammlung sämtlicher Auszubildender statt. Betriebe ohne Ausschuss entsenden einen Vertrauensmann. Ausweis! Keuzlich wichtige Tagesordnung. Das Kartell der Angestelltenverbände.

Verantwortlich für Politik: Kurt Richter, Charlottenburg. Für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Redaktionsrat für Anzeigen: Theodor Wode, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Sinner u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3. Preis: 2 Pfennige.

Ob Sie jung aussehen,

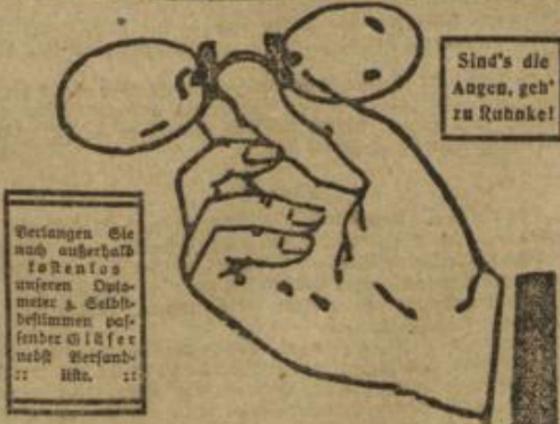


hängt nicht allein von ihrem Alter ab. Manche Großmutter von 60 Jahren hat weniger Runzeln als ihre Tochter von 30. Man trägt das Alter nach den Falten und den Linien um die Augen, eingegraben durch übermäßige Anstrengungen beim Sehen, die noch dazu unnötig und zwecklos waren, weil passende Sanoisopgläser das Sehen erleichtern. Mit sorgfältig angepaßten Sanoisopgläsern wird Ihnen jede Augenarbeit mühelos, und Sie erhalten das Aussehen und das Gefühl der Jugend auf viele viele Jahre länger, als wenn Sie sich ohne Gläser oder mit schlecht passenden abquälen.

Kragen Sie Ihre Bekannten, die bereits Sanoisopgläser tragen.

Kostenlos

prüfen wir Augen und Sehkraft mit Sorgfalt und garantieren für passende Gläser sowie für Haltbarkeit aller Fassungen von 8.50 M. an. Dafür erhalten Sie bei uns schon einen guten Gold-Doppel-Kräftler und dazu noch zwei Jahre Garantie, d. h. so lange alle Reparaturen unsonst, selbst wenn die Fassung durch Ihre Schuld zerbrochen wird. Nur für Hornstoffe, Sanoisop und für zerbrochene Gläser haben Sie zu zahlen.



Sind's die Augen, geh' zu Ruhnke!

Verlangen Sie nach außerhalb Berlin's unseren Optiker- & Selbstbestimmten postumbe 6187er nebst Verbands- : : M. : :

Optiker Ruhnke

- C, Spittelmarkt, Ecke Wallstr.
- Alexanderplatz, neben Widinger
- SO, Oranienstr. 44, nahe Oranienplatz
- W, Pappgauer Str. 113, Ecke Mauerstraße
- Lichterstr. 1, Ecke Potsdamer Str.
- Grleberstr. 102a, Ecke Pappgauer Straße
- Grleberstr. 106, Ecke Ringelstr.
- N, Chausseest. 72
- Spandauerstr. 164, Ecke Brunnenstr.
- NW, Grleberstr. 156, E. Dorotheenstr.
- Schöneberg: Hauptstr. 21, am Kaiser-Wilhelm-Platz
- Friedenau: Wilmersdorfer Str. 132/3, an der Uhlendstr.
- Wilmersdorf: Berliner Str. 132/3, an der Uhlendstr.
- S, Rottbauer Baum 10, nahe Ehrenhaus Jandorf
- Neukölln: Bergstr. 4, gegenüber Richardstr.
- Neu! N, Schönhäuser Allee 81, Postbahn-Station Nordring
- Spandau, Dreieck Straße 13
- Charlottenburg: Tauentzienstr. 15, Ecke Rauburger Straße
- Josaphatstr. 2, am Bahnhof Zoo

Mordprozeß Liebknecht-Luxemburg.

Wachtmeister Gorkow gibt auf Befragen an, einen Tag vor der Tat habe er Runge gefragt, warum er als alter Mann noch Soldat geworden sei. Runge habe geantwortet, er sei durch Liebknecht aus seiner Stellung gebracht, ihm sei die Pistole auf die Brust gefeuert worden, wenn er sich nicht am Streik beteiligen würde. — Früher habe Runge einmal einen Wortwechsel mit Fahrgästen der Straßenbahn gehabt, dabei sei er so erregt worden, daß er mit dem Kolben geschlagen habe.

Angell, Runge bemerkt hierzu: Die Fahrgäste haben uns beschimpft, da habe ich ihnen den Kolben vor die Nase gehalten. Ich bin wohl erregt, aber nicht verrückt und bössartig. Aber wenn ich einen Spatz tauschen treffe, mag er mein Bruder oder sonst was sein, den schlage ich über den Kopf. Solche Vaterlandsliebe können wir nicht anders behandeln.

Zeuge Dräger stand mit Runge zusammen. Er habe den Ebdendel als Liebknecht und Rosa Luxemburg eingeliefert. Er gibt an, Runge sagte, er sei durch Liebknecht aus der Arbeit gebracht worden und würde ihn bei Seite bringen. Er solle nicht lebendig herankommen.

Zeuge Dräger hat gesehen, daß Runge Frau Luxemburg mit dem Kolben schlug. Sie fiel schon nach dem ersten Schlag um. Runge verfehle ihr noch einen zweiten Schlag. Dann wurde sie in das Auto getragen. — Der Vorsitzende hält dem Zeugen vor, daß er im Vorverfahre gefragt habe: Runge hole noch zu einem dritten Schlag aus, er führte ihn aber nicht aus, weil ich sagte, es ist genug. Ein Offizier tief beim letzten Schlag: Was macht ihr (7) da, ihr (7) seid wohl verrückt? — Zeuge: Das hat der Offizier schon nach dem ersten Schlag gefragt. — Auf Befragen sagt der Zeuge, seiner Ansicht nach sei Frau

Luxemburg nach den Kolbenschlägen nicht tot, sondern nur betäubungslos gewesen. Er habe sie mit einem Offizier zusammen ins Auto getragen. Nachdem Frau Luxemburg weggebracht war, sagte einer der zurückkommenden Leute: „Die haben wir bis an die Brücke gebracht und da haben wir sie hinüber befördert.“ — Vorf.: Konnten Sie denn nicht verhindern, daß Runge die Frau Luxemburg schlägt? — Zeuge: Das konnte ich nicht, es ging so schnell. — Vorf.: Wie hat sich Runge nach der Tat benommen? — Zeuge: Er war vorher und nachher ruhig. — Vorf.: Haben Sie von irgendeiner Seite Geld bekommen? — Zeuge (gögernd): Am Abend der Tat habe ich

von Runge 20 M. bekommen.

Dem Zeugen wird seine Aussage in der Voruntersuchung vorgehalten, die er als richtig zugibt. Sie besagt u. a.: Vor der Ausführung Liebknechts haben ihn, den Zeugen, Kameraden, darunter Runge, gefragt, ob er auch schießen würde; sie wollten Liebknecht, wenn er abgeführt wird, niederschlagen. Der Zeuge hat seine Beteiligung abgelehnt und gesagt: „Macht das nicht, schlägt lieber mit dem Kolben,

aber entläßt vorher gute Gewehre. Weiter geht der Zeuge an, unmittelbar vor der Ausführung Liebknechts habe ein Mann seinen Revolver entladen, er wisse aber nicht, ob es Runge war. — Angell, Runge bemerkt hierzu, er habe seinen Revolver schon in der Badstube entladen. Die 20 M., die er dem Zeugen Dräger gab, seien der Anteil einer

Liebesgabe von einem Ostivogel

gewesen. Mit der Tat habe das nichts zu tun. Zeuge Dräger gibt auf Befragen noch an: Als Frau Luxemburg eingeliefert wurde, sagte Runge: Die kommt hier nicht lebendig heraus. Nachdem er sie niedergeschlagen hatte, sagte er: Die hat genug.

Zeuge Wachtmeister Probst war als Begleiter im Auto, als Liebknecht und Rosa Luxemburg von Wilmersdorf nach dem Ebdendel gebracht wurden. Er versichert, beide seien auf der Demzufahrt in keiner Weise bedrängt und unbedrängt eingeliefert worden.

Zeuge Göttinger war im Auftrag der Wilmersdorfer Würgerwehr an der Festnahme Liebknechts und Rosa Luxemburg beteiligt. Er schildert den Vorgang ebenso wie die Vorzeugen Rehring und Binder. Als Liebknecht im Ebdendel eingeliefert wurde, hörte der Zeuge, daß Runge sagte, durch den habe er seine Arbeit verloren, der

kommt hier nicht lebendig heraus.

Als Runge Liebknecht geschlagen hatte (was der Zeuge gesehen hat), kam Runge zurück und sagte: Dem habe ich eins gemischt. Als Frau Luxemburg eingeliefert wurde, sagte Runge: Die arme Krulle müßte auch eins kriegen.

Zeuge Gerasimowski wird vom Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht, daß gegen ihn ein Strafverfahren käme und er eine im bevorstehende Aussage verweigern könne. Der Zeuge erklärt, er habe keine Verweigerung, keine Aussage zu verweigern. Er gibt an, er sei auf das Auto gesprungen, wozu Liebknecht transportiert wurde und habe Liebknecht mit der Hand geschlagen. Dann sei er abgesprungen. Weisheit habe er auch Rosa Luxemburg bei ihrem Abtransport geschlagen. Daß sie anscheinend leblos im Wagen lag, habe er dabei nicht bemerkt. Der Zeuge erklärt seine Handlungsweise aus politischen Quid gegen Liebknecht und Rosa Luxemburg. — Der Zeuge wird nicht verurteilt, weil er der Mittätererschaft mit Runge verdrängt ist.

Zeugin Fräulein Baumgärtner hat von ihrem Fenster aus gesehen, daß Rosa Luxemburg, nachdem sie niedergeschlagen war, ins Auto gezwängt wurde. — Vorf.: Andere haben gesagt, Frau Luxemburg sei ins Auto getragen worden. — Zeugin: Nein, sie wurde gezwängt und hineingeschmissen. Ich sand die Tat

sehr roh und ging vom Fenster zurück, weil ich es nicht mit ansehen konnte. Für tot hielt ich Frau Luxemburg nicht, als sie ins Auto gezwängt wurde.

Zeuge Reiner Krupp hat gehört, daß ein Hausmann Petri beim Abtransport Liebknechts sagte: „Haut das Schwanz!“ Zeugin Köpfer (Angestellte am Ebdendel) sagt aus: Direktor Köpfer habe dem versammelten Hovelpersonal einen Zeitungsartikel über den Fall Liebknecht und Luxemburg verlesen und dazu gesagt: „So soll es gewesen sein.“ Was in dem Artikel stand, weiß die Zeugin nicht, sie glaubt auch nicht, daß das Personal durch die Verlesung nach einer bestimmten Richtung beeinflusst worden sollte.

Zeuge Dr. Jakob hat auf der Unfallsstat die Wunde verbunden, die der Angeklagte Leutnant Schulze durch einen Messerstich von Liebknecht

erhalten hat. Er sagt, die Wunde konnte ihrer Beschaffenheit nach wohl von einem Messerstich herrühren. Der Zeuge erinnert sich, daß sich unter den Sachen, die der Leiche Liebknechts auf der Unfallsstat abgenommen wurden, ein Messer befand. Wo es aber geblieben ist, das kann trotz eingehender Erörterungen des Gerichts nicht festgestellt werden. Der Zeuge glaubt, daß er das Messer neben den anderen Sachen Liebknechts und einem Verzeichnisse derselben dem Angeklagten Leutnant Vespermann gegeben habe.

Zeuge Schmidt, Nachportier im Ebdendel: Runge hat mit Schwanz auf Frau Luxemburg gesagt: Die ist erledigt, die schwimmt schon längst. — Zeuge Reiner Lignack: Als Liebknecht abtransportiert wurde, sagte ein Hauptmann Petri zu der vor dem Hotel stehenden Menge, man solle dafür sorgen, daß Liebknecht nicht lebend ins Gefängnis komme. Als das Verschwinden der Frau Luxemburg bekannt wurde, jagte ein Offizier, man solle froh sein, daß sie um die Ecke gebracht sei. — Zeugin Günther (Garderobierin am Ebdendel): In der Vorhalle sagten

Offiziere im Gefängnis

Liebknecht und Frau Luxemburg dürften nicht lebendig herauskommen. Nach dem Abtransport fragte ich einen Soldaten — ich weiß nicht, ob es ein Offizier war —, wo sie Frau Luxemburg hingebracht hätten. Er antwortete: Ich weiß, die schwimmt schon.

Zeuge Schmitz stand Posten auf der Korneliusbrücke, als das Auto mit Liebknecht auf der Fahrt nach dem Tiergarten diese Stelle passierte. Er sagt: In dem Auto saßen 10 bis 12 Soldaten mit weißen Armbändern und ein Zivilist mit unordentlichem Haar und Hut an der Stirn. Das Auto wurde nicht angehalten, wie es sonst geschah, sondern es konnte infolge eines Zufalls aus dem Wagen durchfahren. Jedem etwas, was auf einen Defekt am Motor schließen ließ, war nicht zu bemerken. Der Auspuff war regellos. — Über diesen Punkt vom Vorsitzenden und Verteidiger eingehend befragt, bleibt der Zeuge bei dieser Angabe und sagt, er sei Werkzeugmacher und habe so viel Kenntnis von Motoren, daß er an dem Geräusch hören könne, ob ein Defekt vorliege oder nicht. — Zeuge Lillowski, der ebenfalls auf der Brücke Posten stand, sagt, das Auto sei ungefähr mit der höchsten in der Stadt zulässigen Geschwindigkeit über die Brücke gefahren.

Die Zeugenvernehmung wird heute, Sonnabend, fortgesetzt.

Immer noch die alten Formen.

Im Mordprozeß Liebknecht-Luxemburg trat heute nachmittags ein Soldat an den Zeugentisch. Der Vorsitzende, Kriegsgerichtsrat Ehrhardt, fragte den Mann in derweilendem Ton, warum er nicht, wie es die Vorschriften verlangen, um geschworen und mit Helm vor Gericht erkläre. — Der Soldat entschuldigte sich damit, daß er in der Mannschafsstufe beschäftigt sei und ihm niemand von dieser Vorschriften etwas gesagt habe. — Darauf wandte sich der Vorsitzende an den Anklagevertreter, dem er anheim stellte, die erforderlichen Maßnahmen gegen das Erscheinen von Soldaten in nicht vorparlamentarischer Angelegenheit vor Gericht zu treffen.

Wissen wir denn, sogar vor Gericht, immer noch an den Formen des alten Militarismus festhalten?

Runges Behauptungen.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Zu der Aussage Runges, daß er von Liebknecht und Luxemburg mit einem Revolver bedroht sei, stellen die Unterzeichneten, die als Arbeiterräte in dem Betrieb seit dem 9. November fungieren und somit über alle Bewegungen innerhalb des Werkes genau informiert sind, fest, daß die Genossen Karl Liebknecht als auch Rosa Luxemburg niemals im Werk, vor dem Werk oder in einer Betriebsversammlung anlässlich eines Streiks im Dynamowerk, in welchem der Mörder beschuldigt war, weder rednerisch noch irgendwie tätig oder überhaupt zu sehen waren.

Der Mörder Runge kann somit niemals mittels Waffe oder sonstwie von der Arbeit abgehalten worden sein.

9. Mai 1919.

Die Arbeiterräte des Dynamowerks der Siemens-Schuckert-Werke.

Bermann Hobeisel, U. S. P. D.

Otto Habben, S. P. D.

technische Berater beigegeben werden. Nimmt die Konferenz Vorschläge bezüglich einer Tagesordnungsfrage an, so hat sie zu entscheiden, ob diese Vorschläge die Form einer Empfehlung annehmen, welche der Prüfung der Mitglieder im Hinblick auf ihre Verwirklichung in Form eines nationalen Gesetzes oder anders zu unterbreiten sind, oder ob die Vorschläge die Form eines Projektes einer internationalen Konvention, die von den Mitgliedern zu ratifizieren ist, annehmen soll. In beiden Fällen ist Zweidrittelstimmennmehrheit notwendig.

Jedes Projekt, welches in der Schlussabstimmung nicht eine Zweidrittelmehrheit erhält, kann trotzdem Gegenstand einer Sonderabmachung zwischen Mitgliedern, die es wünschen, bilden. Jedes Mitglied muß einen Jahresbericht über die von ihm ergriffenen Maßnahmen zur Durchführung der von ihm angenommenen Konventionen erstatten. Jede Beschwerde, die beim internationalen Arbeitsbureau von einer Arbeiter- oder Arbeitgeberorganisation vorgebracht wird, und wonach eines der Mitglieder die Durchführung einer von ihm angenommenen Konvention nicht befriedigend übergeheht hat, kann der betreffenden Regierung zugestellt werden mit der Aufforderung um Abgabe einer Erklärung. Jedes der Mitglieder kann beim internationalen Arbeitsbureau

Klage gegen ein anderes Mitglied

vordringen, daß die Durchführung einer Konvention nicht genügend sichergestellt hat. Der Verwaltungsrat kann, falls er sich nicht direkt mit der in Frage stehenden Regierung in Verbindung setzen will, einen Untersuchungsausschuß einsetzen, der die Klage prüft, einen Bericht erstattet, die angebrachten Maßnahmen vorschlägt und auch Maßnahmen wirtschaftlicher Art gegen die angeklagte Regierung angibt, deren Durchführung durch eine andere Regierung gerechtfertigt erscheint. Die nächste Arbeiterversammlung findet in Washington statt. Das Organisationskomitee besteht aus sieben Personen, die von den Regierungen der Vereinigten Staaten, Englands, Frankreichs, Italiens, Japans, Belgiens und der Schweiz designiert werden. Die Tagesordnung lautet: Durchführung des Grundgesetzes des Achtstundentages oder der 48-Stunden-Woche, Fragen betreffend Verhinderung der Arbeitslosigkeit, Frauenarbeit vor und nach der Niederkunft, zur Nachtzeit, bei ungesunden Arbeiten, Kinderarbeit, Ausdehnung und Anwendung der Berner internationalen Konventionen von 1906 auf das Verbot der Nachtarbeit von Frauen in der Industrie, Verbot der Verwendung gelben Phosphors in der Holzindustrie. Folgende Methoden und Grundsätze scheinen eine besondere und dringliche Bedeutung zu besitzen: 1. Die Arbeit darf nicht als Ware oder Handelsartikel betrachtet werden. 2. Vereinbarte in Bezug auf alle gegen die Geiege nicht verstoßenden Ziele. 3. Der Arbeitslohn muß dem Arbeiter ein anständiges Lebensniveau sichern. 4. Durchführung des Achtstundentages oder der 48-Stunden-Woche. 5. Sonntagruhe. 6. Abschaffung der Kinderarbeit. Die Arbeit von Jünglingen und Mädchen muß die Fortführung der Erziehung sowie ihre physische Entwicklung sicherstellen. 7. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. 8. Alle im Lande ansässigen Arbeiter müssen wirtschaftlich gerecht behandelt werden. Organisation kanadischer Arbeitsinspektionen zur Sicherstellung des Arbeiterschutzes.

Der Völkerbundsvertrag weist demnach im Arbeitsrecht keine wesentlichen Vorteile gegen das heute in Deutschland geltende Arbeiterrecht auf. Das deutsche Proletariat hat vor der Hand nicht einmal die Möglichkeit der Mitwirkung in den grundlegendsten Fragen! Es ist kaum anzunehmen, daß dieser Abschnitt bei der deutschen Arbeiterschaft die beachtlichste Freude auslösen wird, die man wohl im Kreise der Entente erwartet hat.

Der Rieker Kanal.

Der Rieker Kanal soll nach den Bestimmungen des Friedensvertrags-Entwurfes samt seinen Zufahrtswegen den Kriegs- und Handelschiffen aller Nationen frei sein. Beschränkungen im Veronen-Schiffverkehr dürfen nur in Übereinstimmung mit den allgemeinen Maßnahmen erlassen werden.

Die Bürgschaften für die Durchführung.

Als Bürgschaft für die Durchführung des Friedensvertrages werden von der Entente die deutschen Gebiete westlich des Rheins einschließlich der Gräbenköpfe fünfzehn Jahre lang besetzt gehalten. Werden die Bedingungen von Deutschland erfüllt, so wird die Besetzung allmählich aufgehoben, und zwar in der Art, daß nach fünf Jahren der Gräbenkopf von Köln und ein bestimmter Teil des nördlichen Rheinlandes freigegeben wird. Nach zehn Jahren sollen dann der Gräbenkopf von Koblenz und ein entsprechendes Hinterland geräumt werden, nach fünfzehn Jahren der übrige Teil der Rheinlande sowie Arel. Eine Nichterfüllung des Vertrages würde zur Folge haben, daß auch bereits geräumte Gebiete wieder besetzt werden. Wird der Vertrag vor Ablauf von fünfzehn Jahren erfüllt, so werden die Besatzungstruppen sofort zurückgezogen.

Sodann wird noch die ausdrückliche Annullierung des Vertrages von Brest-Litowsk und aller Verträge und Abmachungen Deutschlands mit der maximalistischen Regierung Russlands gefordert. Auf Anweisung der alliierten Regierungen müssen die deutschen Truppen aus den Ostsee-Provinzen und Litauen zurückgezogen werden.

Schlussverdr.

Der fünfzehnte Teil der Friedensabmachungen enthält noch verschiedene Klauseln über die Anerkennung der Friedensverträge und sonstigen Abmachungen zwischen der Entente und den früheren Bundesgenossen Deutschlands durch das Reich. Deutschland verpflichtet sich, keine der Ententemächte irgendwelche Selbstforderungen für ein Ereignis vor Inkraftsetzung des Vertrages vorzulegen. Der Vertrag wird ratifiziert.

Briefkasten der Redaktion.

74. B. Sie müssen die jungen Gesänge angehen, getrennt nach Gedicht und Textumfang. — G. 23. 18. 1. Blumberg gebürt nicht zur Proletariatsgemeinschaft von Berlin, weshalb die Verordnung auf Ihren Schwaner Antwort nicht zutrifft. 2. Demobilisationsausweis Groß-Berlin, Rathaus. — T. 17. 1. Vertrauensband der von Ihnen gebildet, Berlin, Wilmersd. 20. 2. Anmeldung beim Amtsgericht unter Angabe der Personalleistungen der Konvention. Gehaltsfrage gerät zum Amtsgericht Berlin-Tempelhof, Kleindorferstraße 16/19. — W. 1. 1. Na. — G. 2. 20. Umfragen mit grundsätzlicher nicht. — W. 1. Rein. — G. 3. 19. 1. und 2. Ich ist nur auf Grund der Anstellungsbedingungen beurteilen. Der Vater kann sich an das Handelsministerium wenden. — W. 25. Wenden Sie sich an die Urprüfungsbehörde beim Rathaus. — W. 82. Sie halten Sie nicht für verpflichtet die Steuer zu zahlen. — G. 4. 1. Januar 1912. Der ablehnende Bescheid ist noch gültig. — W. 32. 1. Kommt auf den Inhalt des Mietvertrages an. 2. Klagenlage beim Amtsgericht eventuell. — G. 2. 18. 1. Unterer Grundrenten ja. 2. An die Schuldeputation des Magistrats. — G. H. L. Weitergeben. — G. 23. Ja.

Das Arbeitsrecht im Friedensvertrag.

Das Weltarbeitsrecht.

Im dreizehnten Teil des Friedensvertragsentwurfes ist das Weltarbeitsrecht des Völkerbundes behandelt. Eine ständige Organisation zur Bewirklichung von besseren Lebensbedingungen der Arbeiterklasse wird begründet. Die Organisationsmitglieder der Gesellschaft der Nationen sind Mitglieder dieser Organisation, sie umfassen: 1. die Generalkonferenz der Vertreter der Mitglieder, 2. das internationale Arbeitsbureau unter der Diktion des Verwaltungsrats. Die Generalkonferenz der Vertreter der Mitglieder hält jährlich mindestens eine Sitzung ab. Die Generalkonferenz besteht aus vier Vertretern jeden Mitglieds; je zwei davon sind Regierungsdelegierte, die beiden anderen vertreten: der eine die Arbeitgeber, der andere die Arbeiter eines jeden Mitglieds. Das internationale Arbeitsbureau wird am Sitze der Gesellschaft der Nationen errichtet und bildet einen Bestandteil der Gesamtheit der Institutionen der Gesellschaft.

Das internationale Arbeitsbureau

Besteht unter der Leitung eines Verwaltungsrats von 24 Personen, die folgendermaßen designiert sind: Zwölf Personen ver-

treten die Regierungen, sechs Personen werden von den Delegierten gewählt, welche die Arbeitgeber auf der Konferenz vertreten und sechs Personen werden von den Delegierten gewählt, die auf der Konferenz die Angestellten und Arbeiter vertreten. Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind auf drei Jahre gewählt. Der Aufsichtsrat ernannt selbst seinen Präsidenten, legt sein Reglement fest und tritt zu von ihm selbst festgesetzten Zeitpunkten zusammen. Auf schriftliches Ansuchen von mindestens zehn Mitgliedern muß eine Sonder-tagung stattfinden. An der Spitze des internationalen Arbeitsbureaus steht ein Direktor, der vom Verwaltungsrat ernannt wird, von dem er Instruktionen erhält. Die Funktionen des internationalen Arbeitsbureaus bestehen in der Zentralisierung und der Verteilung aller Informationen bezüglich der internationalen Reglementierung der Arbeiterbedingungen und des Arbeiterregimes und in der Prüfung von Fragen, welche es der Errichtung der Konferenz im Hinblick auf den Abschluß internationaler Konventionen unterbreiten soll, ferner in der Durchführung aller von der Konferenz vorgeschriebenen Sonderuntersuchungen. Die Konferenz kann Ausschüsse bilden, denen

Opernhaus
Die Legende der heiligen Elisabeth.
Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus Coriolan.
Anfang 7 Uhr.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
Direktion Friedrich Kayler.
7 1/2 Uhr: Umzug.

Deutsches Theater.
7 Uhr: Faust I.
8 1/2 Uhr: Und das Licht schiefelt in der Finsternis.

Kleintheater.
7 1/2 Uhr: Die Schöne von Barnhelm.
8 1/2 Uhr: Der Kinderfreund.

Kleines Schauspielhaus.
7 1/2 Uhr: Die Büchse der Pandora.
8 1/2 Uhr: Die Büchse der Pandora.

Königgrätzerstraße
7 1/2 Uhr: Die Faschingsfee.
8 1/2 Uhr: Wiener Blut.

Komödienhaus
an der Marschallbrücke
7 1/2 Uhr: Feldherrnhügel.
8 1/2 Uhr: Die Ehr.

Berliner Theater
7 1/2 Uhr: Sterne.
8 1/2 Uhr: Die wieder leuchten.

Trianon-Theater.
7 1/2 Uhr: Die Schöne von Barnhelm.
8 1/2 Uhr: Die Schöne von Barnhelm.

Der gute Ruf.
Schauspiel von Sudermann.
Sonntag 7 Uhr: Hünsl und Gretel.

Residenz-Theater.
Untergrund, Klosterstraße.
Ausgang: Stralauer Straße.
Täglich 8 Uhr.

Das höhere Leben.
Schauspiel von Sudermann.
Regie: Alfred Rottler.

Rosa-Theater.
7 1/2 Uhr: Raststätte v. Hameln.
8 1/2 Uhr: Raststätte v. Hameln.

Kleine Sklavin.
7 1/2 Uhr: Raststätte v. Hameln.
8 1/2 Uhr: Raststätte v. Hameln.

Casino-Theater.
7 1/2 Uhr: Raststätte v. Hameln.
8 1/2 Uhr: Raststätte v. Hameln.

Water Knolle.
7 1/2 Uhr: Raststätte v. Hameln.
8 1/2 Uhr: Raststätte v. Hameln.

APOLLO
Theater.
Dir.: James Klein
Friedrichstraße 216

Bonn
in seinen klassischen
Majestäten
Klein-Rosa
Wien 15. Jhr. 1800.

Bhoro
Sovereign
Romani-Trio
a. weit. Attraktion!

Winter-Garten
Täglich 7 1/2 Uhr:
Variété-Spielplan

Admirals-Palast.
Täglich 7 1/2 Uhr
Sonntag 3 u. 7 Uhr
Die neuen Ballette.

Admirals-Kino.
Der schändliche Verdacht.
Maria Widal.
Ihr Sport.
Henry Forten.

Theater a. Kothlauer Tor
(fr. Sanssouci Kothlauer Tor)
Abends 7 1/2 u. Sonntag
nachmittags 3 Uhr

Blüh-Sänger
9. einmal. Mitgew. d.
Stettiner Sänger

Blühgen-Konzert.
Beginn 7 Uhr.
Vorverkauf
11-1 Uhr.
Sonnt. nachm. ermäß. Pr.

Lesing-Theater
Direktion: Victor Barnowsky
7 1/2 Uhr: Dies irae.
Sonntag: Dies irae.
Montag: Der Blausch.

Deutsches Künstler-Theater.
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Das Schöne am Wannsee.

Central-Theater
Kompanienstraße 57.
7 1/2 Uhr: Die Schöne von Allen.

Deutsches Opernhaus
7 1/2 Uhr: Der Zigeunerbaron.
Friedr.-Wilhelms-Theater

Kleines Theater.
7 1/2 Uhr: Kummelblättchen.
Komische Oper

Metropol-Theater.
7 1/2 Uhr: Die Faschingsfee.
Sonnt. 3 Uhr: Wiener Blut.

Palast-Theater
7 1/2 Uhr: Die G'schmigte.
Die Frau ohne Beruf.

Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Zur wilden Hummel.
Th. am Kottendorfsplatz

Der Jäger aus Kurpfalz.
Luisen-Theater.
7 1/2 Uhr: Jugend.

Reichshall-Theater
Abends 7 1/2 Uhr und
Sonnt. 3 Uhr:
Stettiner
Sänger

Flamingo
Weinstuben
und Bar
Taubenstr. 35

Kapelle Willi Frey
Wiener Schrammeln
Dietrich.
Eintritt frei!

Möbel Beiser,
Lehringer Straße 67.
Liefert gegen bar
zu mäßigen Preisen

Nikolassee.
In vornehmer Lage, jetzt
3 Min. vom Bahnhof
entfernt, haben wir eine
Villa mit allen neuzeitlichen
Einrichtungen und jetzt
2 Wochen großen
partikulären Obst- und Gemüse-
garten, 12 Zimmer (teilweise
mit eingebauten Bädern),
Biele und viele Neben-
räume enthaltend, zu
billigen Preisen von 400.000
Mark zu verkaufen. 1929

Butter-
großhandlung
hochwertig mit
europäischen Erben.
Stellung und Reizeten,
Nimm für Pferde und
Wagen muß reichlich
handhaben sein, auch für
die höhere Annehmlichkeit.
Offerten erbeten unter
G. 22 an die Exp. des
"Borsdorfer". Umdruck 3.

Cöpenicker NATIONAL-THEATER Täglich
StraÙe 68 7 1/2 Uhr.
Spielplanänderung vom 10. bis 16. Mai:
Die Grille
mit erstklassigen Schauspielkräften.
Sonntag 3 1/2 u. 7 1/2 Uhr: Die Grille. Vorverkauf v. 10 Uhr
(Louise Heimbach als Gast)

Nordpalast-Sichtspiele
Köllner St. 8. II Am Netzebeckplatz.
Vom 9. bis 12. Mai: 1929
Der gelbe Tod
oder Der Tod der Prostitution.
Erstaufführung für Reinickendorfer Straße.
Erstkl. Künstlerkapelle. Gr. schill. Saal 1. ca. 500 Pers.
Beginn der Vorstellung: Wochentags 8 u. 8 1/2 Uhr.
Sonnt. ab 3 Uhr f. Kinder, ab 5 Uhr f. Erwachsene

3 Kapellen Hippodrom
Clou
(Hauerstr. 82)
Wiener Prater-
leben
Karussell etc. Eintritt ab 7
M. 1.-

Unterhaltungs-Restaurant
Wien-Berlin
Jägerstr. 63 a.
WHL Horwitz Partner Erwin Suttner
Laurenz u. Partner Etriede Söderström
Robert Neemann Martin Brauer
Kapelle Gustav Gottschalk
Gute Küche - Gute Weine.
Anfang 7 Uhr Eintritt frei.

Morgen Sonntag:
Letzte Fahrt zur
Brennblüte nach Werder!
Abt. 9 Uhr Scharnhorst u. Scharnhorst-Kolonnenlager
10 1/2 Uhr Charlottenburg, Zehnminuten nach Werder, Zehnminuten
Reederel Kiez, Berlin, Zehnminuten nach Werder. Tel. St. 817

Biesdorf Süd
Kaulsdorf-Süd
in der Höhe u. 951. Seebow
□ R. von 22. - an
bedeutende Verschönerung.
Wiele Neuheiten, in letzter Zeit

Villen-Grundstücke
Falkenhagen-West
Dir. u. Bbl. Seefeld, nächst Stat. v. Spandau
u. Anlage u. Objekten. Voll. Garten u. Grund-
stück, an großem Straße, mit Gas- u. Wasserleitg.
Waldgrundstücke, □ R. von 30 R. aufwärts.

Gartengrundstücke
u. Anlage u. Objekten. Gut, fruchtbar, überaus
teils an großem u. reiner Straße u. Gas- u. Wasserleitg.
Kaulsdorf-Nord, direkt a. Bahnh. des. zu 12 R. 10.
12 nach Gage. Biesdorf-Nord, Station des Stadth.
□ R. u. 20. - an. Günstige Zahlungsbeding.
Schlüssel an den obigen Bescheidern u. bei der

Eigenheim-Gesellschaft
Nieschke & Nische,
Berlin 50 43.
Rene Böhlerstr. 10

Juwelen Perlen
Margraf & Co. G.m.
b.H.
Kanonierstr. 9 - Berlin - Tauentzienstr. 109
(Auch Ankauf)

Sieben erschienen
DIE ERHEBUNG
Jahrbuch für neue
Dichtung und Wertung
Herausgegeben von
ALFRED WOLFENSTEIN
Preis geheftet 8 Mark, gebunden Mark 10.50
Dies erste Jahrbuch der Erhebung
ist ein Kompendium neuer Dichtung
und Geistigkeit. Gedicht,
Drama, epische Prosa, Abhandlung
und Aufruf bieten hier vereinigt
ein volles Bild des neuen
Schaffens, der Umwälzung und
des Aufbaus.
43 unveröffentlichte Beiträge!
Durch alle Buchhandlungen zu beziehen
S. FISCHER · VERLAG · BERLIN

Mahagoni
Schlafzimmer
Eiche
Schlafzimmer
Birke
Schlafzimmer
Kirschbaum
Schlafzimmer
Weißlackierte
Schlafzimmer
einfacher und vornehmster Art.
Prima Fabrikate
Mäßigste Preise
Größtes Spezialgeschäft
für Betteneinrichtungen
Bettfedern-
Gustav Lustig
Prinzen - Straße 46-47
Fabrik mit
elektr. Betrieb
Man achte genau auf Firma
u. den unter Glaszettel
befindlichen Eingang Nr.

MULCUTO Extra!
D. R. W.-Z.
Nr. 128 978
Der beste
Rasier-
apparat
der Welt!
Bei Verwendung dieses
stets gebräuchtesten
Appar. m. ungenügender
Garantie ist jede
Qualität mit stumpfem
oder kratzendem Klinge
ausgeschlossen!
Versilberter Apparat in
Eitel Nr. 1 M. 10.-
Versilberter Apparat m.
Halter zum Schärfen,
echter Lederstreifen
in Eitel Nr. 61
u. Kattierst. M. 17.-
Vollständ. Rasierzeug-
apparat, Halter zum
Schärfen, Seife, Schaß,
Pinsel und Riemen in
Eitel Nr. 201 M. 28.-
Garantierte Qualität bei jed.
Apparat. Versand tags
durch die bedeutendste
Spezialfabrik für hand-
betriebene Rasier-Apparate
MULCUTO
Rasiermesser-Fabrik
SOLINGEN
Gegenstückliche und
Hohlschleiferei
Tausende
Anerkennungen.
„Der Apparat ist
vorzüglich, er hat
eine Schärfe der
Klinge welche mo-
nate lang vorhält
und das ist der
größte Vorzug, er
zeugt so sanft
weiche Haut ohne
auch die geringste
Spur von Kratzen
selbst bei großer
Empfindlichkeit, so
daß man nicht
glaubt, auf dieser
Haut harte Bart-
stoppeln gehabt zu
haben.“
Oranig. Lehrer,
Buckow,
Post Walsdorf,
Kreis Jüterbog,
Brandenburg.

GESUNDHEITS-PFLEGE
KREM TERAS zarter Teint über Nacht
Große Tube 1.00, kleine Tube 2.00 M.
MUNDWASSER SINSPRIT einige Tropfen genügen
Flasche 3.00 M.
MUNDWASSER-PULVER LEUKODONT u. Selbstbereiten
Schachtel 2.00 M.
MAX SCHWARZLOSE
BERLIN
1000
Fahrräder
mit Gummi
sofort lieferbar.
Ernst Machnow, Weinmeisterstraße 14.

Versteigerung von Kraftwagen!
Am 15. Mai 1919 und eventuell an den folgenden
Tagen Abnd bei dem Reichsverwertungsamt, Verkaufs-
abteilung für Automobilwesen, Berlin-Zehlendorf,
Bettiner Straße, 9 Uhr vormittags beginnend, eine
öffentliche Versteigerung von 164 Kraftwagen (satt.
zur Versteigerung gelangen:
zirka 90 Lastwagen,
" 2 Zugmaschinen,
" 7 Krankenwagen,
" 25 Anhänger,
" 30 Personenwagen,
" 5 Kraftfahräder,
diverse Motore,
" Motorfahrzeugteile.
Verzeichnis der Versteigerungsobjekte nebst Einzel-
heiten über die Versteigerung ist vom 8. Mai ab in der
Zentrale Berlin-Zehlendorf zu erhalten.
Besichtig. können bis 12. Mai, 13. und
14. Mai von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 3 Uhr
wegen Unterlegung einer Bietkaution von 500 M. pro
Person besichtigt werden. Ohne Unterlegung der
Bietkaution kann das Gelände der Fahrzeuge am 12. bis
14. Mai, sowie während der Versteigerungstage nicht be-
treten werden.
Die Bietkautionssumme der vorigen Versteigerung ist
nicht gültig, Bietende muß neu gestellt werden.
Der Betrieb legendenweiser Fahrzeuge über das Gel-
denfeld wird von dem Reichsverwertungsamt auf dem Verstei-
gerungsgelände in nicht gestattet.
Berlin, den 5. Mai 1919.
Reichsverwertungsamt
Verkaufsabteilung für Automobilwesen
(„Vandit“).

Möbel-Gross
Große Frankfurter Str. 141
(3 Min. von Schles. Bf.)
Invaliden-Str. 5 (Eingang Ackerstraße
(5 Min. v. Stett. Bf.))
Kredit - Möbel
Stube u. Küche
für 500 Mark Anzahlung
u. kleinster Ratenzahlung
Große Auswahl in
Wohn- und Schlafzimmern
: : bunten Küchen : :
auch einzelner Möbel jeder Art.
Kriegsteilnehmer und Witwen erhalten
Preisermäßigung. - Kriegsanleihe und
Sparenlagen nehme in Zahlung!
Liefere auch nach auswärts.

Alt Kunst
G.M.B.H.
Berlin, Wilhelmstr. 409
Antiquitäten
Möbel - Porzellane
Gemälde - Gobelins
Ankauf Verkauf
kostenlos
Schätzung
Telefon 3465
Zentrum 3465

Stoffe
bester Qualität
für
Möbel
Dekoration
Moden
Teppichvelours
(0,70 m und 1,00 m breit)
Wohnungseinrichtungen
Antiquitäten
Friedmann & Weber
Berlin 132/117
Budapester Str. 8.

C-A-HERPICH
SÖHNE
BERLIN W 66, Leipziger Str. 9-11
Silber-
Blau-
Weiß-
Kreuz-
Rot-
Alaska-
Fische
In sehr großer Auswahl und
allen Preislagen bis zu den
edelsten Exemplaren am Lager
Leicht, vornehm und kleidsam

Allg. Ortskrankenkasse Neukölln.
Am 7. Mai, vormittags 10 1/2 Uhr, nach der Revision
Otto Lockhoff
im 88. Lebensjahre
Wir verlieren in dem Verstorbenen einen unserer treuesten und gewissenhaftesten Mitarbeiter, der sich durch die Entbehrungen des Alters ein schweres Leben zuwege brachte.
Wir werden ihm bald ein feines Andenken bewahren.
Der Kassenvorstand
Geschw. v. d. Hoff.

Rach. Linsen. Schmetzer
Kronenlocher verlor am 5. Mai unter Heber Rolle, der Buchhalter
Richard Fritsche
Lebte am 7. Mai, vormittags 10 1/2 Uhr, nach der Revision
Wir werden ihm bald ein feines Andenken bewahren.
Der Kassenvorstand
Geschw. v. d. Hoff.

Haut- u. Harn-Arzt
Erfolgreiche Behandlung
Rosenthaler Straße 10-11
in Heil-Anstalt „Lüser“
10-11, 3-5, Sonntags 10-11

Haut- und Harnarzt
Dr. med. Hasché,
Friedrichstr. 90, direkt am
Spreewald, 10-11, 3-5, Sonntags 10-11.
Erfolgreiche Behandlung.

Haut- und Harnarzt
Dr. med. Geyer,
Friedrichstr. 131 (an der
Karlstraße),
Spr. 10-11, 3-5, Sonntags 10-11.
Erfolgreiche Behandlung.

Wie ein Wunder
besiegt
Sau-Rai Haussaibe
Dr. Strauß
led. Hautausschlag, Flecht-,
Hautjucken, bei Bismut-,
Krampholzer der Frauen
u. dergl. in Originaldosen
4 25. 70 erhältlich in der
„Erlauner-Apotheke“
Berlin SW 19, Leipziger
Straße 14 in der Nähe des
Bahnhofes

Haut- und Harnarzt
Dr. med. Koenen,
Friedrichstr. 81 Panoptikum
Königsstr. 56-57 gegenüber
Kathaus.
Spr. 10-11, 3-5, Sonntags 10-11.
Erfolgreiche Behandlung.

Haut- und Harnarzt
Dr. med. Wockentau,
Friedrichstr. 125 Oranien-
burger Tor.
Spr. 11-1, 3-7, Sonntags 11-12.
Erfolgreiche Behandlung.

Dr. med. Laabs
Haut- u. Harnarzt.
Erfolgreiche Behandlung.
Königsstr. 34/36
Alexanderplatz.
10-11, 3-5, Sonntags 10-11.

Haut- und Harnarzt
Sanitätsrat Dr. Müller,
Friedrichstraße 190 II,
Eingang Kronenstr.
Spr. 11-1, 3-7, Sonntags 11-12.
Erfolgreiche Heilerfolge.

Dr. Grütering
Arzt für Haut- u. Harnkrankheiten.
Invalidenstr. 35
Ecke Chausseestraße am
Stettiner Bahnhof.
11-1, 3-5, Sonntags 11-12.

Zentrale für Einigung der Sozialdemokratie
Bezirk Schöneberg.
Sonntag, 11. Mai 1919, vorm. 10 Uhr,
in der Aula der Hohenzollernschule,
Belziger Straße.
2. öffentl. Volksversammlung.
Tagesordnung:
„Die einheitliche Front des Proletariats“
Referenten: 259/15
Geboss Eduard Bernstein (S. P. D.)
und Heinrich Ströbel (U. S. P.).
Fortsetzung der Aussprache.
Der Einberufer:
I. A.: Dr. M. Bendiner, Kyllhäuserstr. 9.
**Verband der Brauerei- und Mühlen-
arbeiter.** Verwaltungsstelle Berlin.
Geschäftsstelle: E. 54, Wilmersdr. 10. — Fernspr.: Wilm. 4518.
Sonntag, den 11. Mai 1919, nachmittags 1 1/2 Uhr:
General-Versammlung
im „Gewerkschaftshaus“, Engelauer 15, Sout. IV.
Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht vom I. Quartal 1919.
2. Behaltensregulierung der Angehörigen im Ortsbereich.
3. Verbandsangelegenheiten. 42/5
Das Erscheinen aller Mitglieder wird erwartet!
Eintritt nur gegen Mitgliedsbuch oder Karte.
Die Ortsverwaltung.

Öffentl. Versammlung
am
Sonntag, den 11. Mai, vorm. 10 Uhr.
in den
Germania-Prachtsälen, Chausseestraße.
Thema:
Die Rettung der Revolution!
Redner: 256/7
B. Brolat, Mitglied des Vollzugsrats
Artur Zickler, Redakteur, Berlin.
Eintritt frei! Eintritt frei!
„Aufbau und Werden“,
Gesellschaft für praktische Volksaufklärung.

**Ortskrankenkasse der
Buchhändler u. verw. Gewerbe
zu Berlin.**
Einladung
zu der am Dienstag, den 20.
Mai 1919, abends 8 Uhr, im
Gewerkschaftshaus, Engelauer
15, Sout. 3 stattzufindenden
Ordentlich. Anschlußsitzung.
Tagesordnung:
1. Protokoll der Sitzung.
2. Aufnahme der Jahresrechnung.
3. Beschlußfassung über den
Beitritt zum Reichsverband
der Buchhändler.
4. Rechnungsabrechnung der 20.
Mai 1919.
5. Veränderung der Mitglieds-
schaft der Kassenglieder.
6. Bericht über die Tätigkeit der
Kassenglieder.
Der Vorstand: R. Gottmann,
Buchhändler, Fr. Reif, Schriftf.

Für 2500 M.
erhalten Sie Eigenheim mit
Grund bei Königswinterhausen
durch Bauunternehmung mit
staatlichen Zuschüssen. 10/16
Vergünstigungen, Bürgerrechte
G. M. B. H.
Berlin W. 9, Gleditschstr. 47.
Sprechstunde 4-7 Uhr.
Schriftl. Bescheid geg. monatl.
Rückzahlung dieser
H. Blume, Hamburg 5.

Aufruf
an die alten Angehörigen des Kriegs-
vermessungswesens u. Kriegsteilnehmer.
Die Landesanstalt stellt für die Rückkehrer mehrere Ver-
messungs-Abteilungen auf und bezieht dazu technisches Personal,
insbesondere:
Steindrucker (Maschinenmeister, Umbrucker
und Wieschindrucker), Lithographen,
Vermessungstechniker, Photogrammetr,
Reproduktionstechniker.
Gebührfreie: Moblie Wohnung nach Dienstgraden. —
Einkommenszulagen für Ehefrauen von 1.25 bis 1.50 M. täglich und für
jedes Kind 1 M. mehr. — Bei Verwendung im Grenzgebiet ist
außerdem eine tägliche Rationzulage von 3 M. — Preis Ver-
sicherung, Pensions- und Hinterlassenschaft. 25/43
Schriftl. oder mündl. Mitteilung, Berlin,
mündl. Mitteilung: Landesaufnahme, Wollteichstr. 4.

Die Nacktheit!
bedürftig freigegeben 20 versch. entzückende Akt-
u. Modelkarten, 20 Karten M. 1.—, 100 Karten M. 12.50.
Interessante Bücherliste 10 Pf. Vereinstellung oder
Nachnahme. O. Fischer Abt. R., Berlin-Halensee,
Markgraf-Albrechtstr. 4. — Postcheck 37 940 Berlin.

Ziegenwurst
ans garantiert reinem Ziegenfleisch
liefert täglich frisch jedes Quantum Westfälisch Jorda,
Berlin N 31, Süssalander Str. 27, Nordend 922. 26/15
Straßenhändler!
mit Erwerbsschein und 50 M. Bargeld sichern sich hohen
Verdienst durch Verkauf der gutschmeckenden Ranzelung
„Favorit“ zu melden Sonnabend vormittags 10-12 Uhr
und nachmittags 5-7 Uhr bei
Richard Kusche, Berlin N. Center Str. 1.



**Uhren, Gold- u. Silber-
waren, Brillanten.**
Reichhaltiges Lager in allen Preislagen bei
Max Busse
Berlin N 54, Brunnenstr. 175-177
an der Invalidenstr.
Größtes und fachmännisch geleitetes Spezialgeschäft.
Neu eingetroffen:
Wanduhren, Standuhren, Wecker.

**Duftige Kleider —
Sonnenschein! Die..
Fingstfreude
jeder Dame!**



Kostüme viele Farben, flotte Formen
136.— 195.— 244.—
Garnierte Kleider entzückende
145.— 197.— 280.—
Imprägnierte Mäntel
165.— 198.— 267.—
Sportjacken u. Paletots aus guten
praktisch Stoffen 54.— 85.— 98.—
Röcke teilsche Form. 39.50 62.— 94.—
Blusen Seide, Vell, Chiffon, Crêpe de
China. Seilen schöne Ausführung.
19.75 80.— 50.—
**Oskar
Wollburg.**
BERLIN + N. +
BRUNNENSTR.
56-57

S'ADAM
LEIPZIGER-
STRASSE 27/28



Pelzpflege
Hafung gegen Feuer- u. Einbruch
Kostenlose Abholung

**Für Rechnung der Gewerkschaft eingekauftes
Weisskohlsauerkraut**
In großen Mengen abzugeben von den Kärgern der Reichshofe für
Gemüse und Obst in:
Hamburg (Cagerhalter Wilhelm Richard Krohn, Wilms-Offenau)
Geestmünde und Norddehnem (Cagerhalter Midgaard Wilmsengesellschaft,
Geestmünde)
Bremen (Cagerhalter Lehmann & Co., Bremen)
Magdeburg (Cagerhalter Ferdinand Johannsen, Magdeburg)
Leipzig (Cagerhalter F. Rabner, Leipzig-Dolmartsdorf)
Lipsitz (Cagerhalter Erich Nitschke, Lipsitz, Westfalen)
Danzig (Cagerhalter Ferdinand Prowe G. M. B. H., Danzig)
Thorn (Cagerhalter S. Kurzatki & Co., Thorn)
Kaminia (Cagerhalter C. H. Herbst, Grombow, St. Kaminia)
Dulaburg (Cagerhalter Zentralaufsehergesellschaft, Dulaburg, Ostpreußen)
Jahresrenten werden geboten, das Sauerkraut auf den genannten Kärgern zu
beliebigen und Gebots unter Angabe der gewünschten Mengen an die unterzeich-
nete Abteilung der Reichshofe für Gemüse und Obst abzugeben. Die Verband-
sleiter werden in jedem Falle bei nachträglicher Rückmeldung unter Rückzahlung einer
Schlichtgebühr von 10 M., je Fuß und Monat zum beschriebenen Werte zurückgenommen.
Reichsstelle für Gemüse und Obst
Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Abteilung Sauerkraut) 54/1
Telegraphenadresse: Relegatant, Berlin W 57, Potsdamer Str. 74.

Zähne von 2 Mark an.
Zahnziehen mit Einspr., höchst schmerzlos. Umarb., Repa-
raturen sofort. Goldkronen, Brücken, Sprecht. 9-7,
Sonntags 9-1. Zahnpraxis Hempel, Berlin C, sur
Linienstr. 228, am Schönhauser Tor. 26/100

Waldparzelle
verkauft mit ca. 120 Q. A. Auen,
18 1/2 Hekt. Baumbestand, Bernau
i. A. M. In 30 Minuten von
Sonnaberg, Brückner, Berlin,
Grenzstr. 11. 92/17

Möbel-Cohn
im Osten: Große Frankfurter Str. 58
(5 Minuten vom Alexanderplatz)
im Norden: Badstraße 47/48

Möbel
gegen bar oder Teilzahlung
Spezialität:
Bürgerliche **Wohnungseinrichtungen**
Schlafzimmer, Speisezimmer,
Herrenzimmer, Polsterwaren,
farbige Küchen, einzelne Möbel.
Riesen-Auswahl — Billigste Preise.
Sehr kulanteste Bedingungen und größte
Rücksichtnahme.
Lieferung frei Haus.
Liefere auch nach auswärts.
Kriegsanleihe und Sparkassenscheine gerne
als Anzahlung.

Facharzt Dr. Meyenberg
für
Krankheiten der Harnorgane
11-1 und 5-7
jetzt Potsdamer Straße 27 b

Spezialarzt Dr. med. Damann
Berlin 107, Potsdamer Straße 123 B
(Sprechzeit 9-10, 3-4 Uhr)
Haut- und Harnleiden
nach besonderem naturgemäßem
Heilverfahren.
Aufkündende Broschüre gratis in verschlossenem Brief
gegen 25 Pf. in Briefmarken. Genaue Angabe des Leidens er-
forderlich, damit die richtige Broschüre zugesandt werden kann.

Hautarzt Dr. med. Hollaender
Berlin W 8 Hamburg
Leipziger Str. 108 Kolonnaden 26
Sprechst. 11-1 vorm., 3-7 nachm., Sonntags 11-1.
Aufkündende Broschüre Mk. 1.50 (Nachnahme).

Dr. med. Karl Reinhardt
Berlin, Potsdamer Str. 117 (a. d. Lützowstraße)
Haut- und Harnarzt
bewährte fachmännische Behandlung.
Unentgeltliche Auskunft und aufklärende Gratis-
Broschüren (Beschreibung natürlich. Heilverfahren)
in den Sprechstunden von 1/2-2 mittags, 1/2 bis
1/2 10 Uhr abends, Sonntags 1/2 11-1 Uhr (im ver-
schlossenem Brief 1,25 Mk.).

Kongressisten u. Exil
verrichtet **Louis** 3fach stark
radikal **Louis** geschlo
Heber 1. 1919. in der Ausstellung in Kopenhagen u. Dänemark
in den Jahren 1919 u. 1920. in Kopenhagen u. Dänemark. Von den 1. 1919
in den Jahren 1919 u. 1920. in Kopenhagen u. Dänemark. Von den 1. 1919

Nerven- und Stoffwechsellenden
Nervenschwäche, Bluth. Rheuma, Verdauungs-
Wagen-, Darm-, Leber- und Herzleiden.
Schmerzfreie Eigenbehandlung ohne Verschreibung.
Sprechstunden 9-10 1/2, 3-4 1/2, Sonntags 10-11 Uhr.
Vertikale Heilanstalt vorm. Sanitätsrat Dr. Wolff's
Ambulatorium, Berlin, Potsdamer Str. 123 b.

**Anleitung zur
Vermögens-
aufstellung**
in amtlichem formular
von
Rechtsanw. Dr. Böhnen
Leiter der Steuerberatungs-
stelle der Handelskammer
Preis 3.50 M.
m. Steuerkurszeit. 4 M.
formular apart 1.50 M.
Wer die Aufstellung genau
machen will, aber nicht vor
Händl. kaufen will, dem sei
d. Schrift dringend empfohlen

Zubehörschrank.
In der Strandstr. 111
haben wir ein 225 Q. A. Auen
großes, mit allen neuzeit-
lichen Einrichtungen und
geräumlichem Raum ver-
sehenes Fabrikgrundstück mit
ca. 2000 qm. Auenfläche, ein-
behaltend Garten und Bepflan-
zungen, zu dem für 100000 M.
Preis von 22. 375.000,—,
bei 22. 75.000,— Anzahlung
zu verkaufen. Die dazu
gehörige Villa enthält
11 Zimmer mit Zentral-
heizung. 1919
I. A. Schmidt 5588a,
Leipzigerstr. 112 c. 10. 10. 10.
Zentrum 126-3 u. 306/4

Tafelklavier
oberes Klavier, auch Klavier
nicht Dreacher, Neufabrik
Preisliste 50 Pf. Preisangabe
erbeten.

Selbständigkeit
für
Kriegsbeschädigte
mit etwas Kapital.
Wir Wasch-Anstalten
richten und ohne Dampfheizung für
Haus- und industriellen Betrieb
ein. Mögliche Zahlungs-
erleichterungen. 77/2

Elektromotore
Gleich-, Dreh- u. Wechselstrom,
von 1 bis 10 HP abzugeben.
Elektr. Licht- u. Kraftwerke,
Ing. Emil Robitschek
Wilmersdorf,
Rödelshelmer Platz 5,
Umland 1404. 92/15

Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank).

Bericht über das 66. Geschäftsjahr 1918.

Am 31. Dezember 1918 schließt das 66. Geschäftsjahr der Bank für Handel und Industrie ab. Die Bilanz zum 31. Dezember 1918 zeigt ein Vermögen von 1.000.000.000 Mark, ein Eigenkapital von 250.000.000 Mark und ein Fremdkapital von 750.000.000 Mark. Der Gewinn vor Steuern betrug 10.000.000 Mark, der Gewinn nach Steuern 8.000.000 Mark. Die Bilanz zum 31. Dezember 1917 zeigt ein Vermögen von 950.000.000 Mark, ein Eigenkapital von 250.000.000 Mark und ein Fremdkapital von 700.000.000 Mark. Der Gewinn vor Steuern betrug 12.000.000 Mark, der Gewinn nach Steuern 10.000.000 Mark.

Der Bruttogewinn beläuft sich (einschließlich des Vertrages von 20.000.000,00 aus dem Jahre 1917) auf

a) Geschäftsergebnis	20.000.000,00
b) Steuern	2.000.000,00
c) Abschreibungen auf Immobilien und Mobilien	100.000,00
d) Rückzahlung für die Talonsteuer	100.000,00
Zusammen	21.900.000,00

davon sind zu zahlen die festgesetzten Kontingente für den Verlustausgleich 20.000.000,00, bezugnehmend auf den Betrag des Bruttogewinns

verbleibt ein Überschuss von	1.900.000,00
aus welchem die beantragte Dividende von 4% zu entnehmen ist mit	1.000.000,00
während der Rest von	900.000,00
auf neue Rechnung übergeht.	

Es wurden somit 20.000.000,00 auf die Aktien von 20.000.000,00 und 1.000.000,00 auf die Aktien von 1.000.000,00 zur Verteilung kommen.

Grundkapital und Reserven.
Das Grundkapital lagte sich am Anfang des Geschäftsjahres 1918 auf 250.000.000 Mark, am Ende des Jahres 1918 auf 250.000.000 Mark. Die Reserven betragen 500.000.000 Mark.

Bankerliche Betätigungen.
Die Bank hat im Laufe des Jahres 1918 ein Guthaben von 750.000.000 Mark erwirtschaftet. Die Bilanz zum 31. Dezember 1918 zeigt ein Vermögen von 1.000.000.000 Mark.

Sonderbelegungen bei anderen Banken und Kassen.
Die Bank hat im Laufe des Jahres 1918 Sonderbelegungen bei anderen Banken und Kassen im Gesamtbetrag von 100.000.000 Mark erwirtschaftet.

Sonderbelegungen bei anderen Banken und Kassen.
Die Bank hat im Laufe des Jahres 1918 Sonderbelegungen bei anderen Banken und Kassen im Gesamtbetrag von 100.000.000 Mark erwirtschaftet.

Sonderbelegungen bei anderen Banken und Kassen.
Die Bank hat im Laufe des Jahres 1918 Sonderbelegungen bei anderen Banken und Kassen im Gesamtbetrag von 100.000.000 Mark erwirtschaftet.

Sonderbelegungen bei anderen Banken und Kassen.
Die Bank hat im Laufe des Jahres 1918 Sonderbelegungen bei anderen Banken und Kassen im Gesamtbetrag von 100.000.000 Mark erwirtschaftet.

Sonderbelegungen bei anderen Banken und Kassen.
Die Bank hat im Laufe des Jahres 1918 Sonderbelegungen bei anderen Banken und Kassen im Gesamtbetrag von 100.000.000 Mark erwirtschaftet.

Sonderbelegungen bei anderen Banken und Kassen.
Die Bank hat im Laufe des Jahres 1918 Sonderbelegungen bei anderen Banken und Kassen im Gesamtbetrag von 100.000.000 Mark erwirtschaftet.

Sonderbelegungen bei anderen Banken und Kassen.
Die Bank hat im Laufe des Jahres 1918 Sonderbelegungen bei anderen Banken und Kassen im Gesamtbetrag von 100.000.000 Mark erwirtschaftet.

Sehr preiswert!!

Impr. Mantel 110, 139 Flotte Seidenmäntel 250, 325
Reizende Kostüme 98, 138 Modell-Kostüme 275, 395

Jetzt billig!!

Püschmäntel, in Qualitäten, 375, 525, 650
Pelzmäntel aus Persianer Klau 850, 1200, 1750
Sport-Jacken 36, 41 Kunstseidene Strickjacken 135, 169
Sport-Paletots, 3/4 lang, 65, 78, 95
Wundervolle Stoffröcke 36, 45 Seidenröcke 78, 95

Westmann

1. Geschäft: W 8, Mehrenstr. 37a.
2. Geschäft: NO 18, Gr. Frankfurter Str. 115.

Sonntags geschlossen!

Besonders vorteilhaftes

Möbel-Angebot!

Speisezimmer
bestehend aus:
1 Buffet Klebe
1 Kredenz
1 Ausrichtisch
6 Stühlen

Herrenzimmer
bestehend aus:
1 Bibliothek Klebe
1 Schreibtisch
1 runden Tisch
1 Schreibstool
2 Stühlen

zusammen M. 2850

Schlafzimmer

bestehend aus:
1 Schrank mit Spiegel, Klebe
1 Waschtisch mit Spiegel und Marmor
2 Nachtschränke mit Marmor
2 Bettstellen
2 Patentböden
2 Stelligen Aufgemastratten mit Metallkissen
2 Stühlen

zusammen M. 1875

Ständig große Ausstellung

von ca. 300
Herrenzimmern, Speisezimmern, Schlafzimmern,
Wohnsalons, Wohnzimmer, Küchen, Dielen etc.
Leder-Möbel - Uebeln-Sofas und Sessel.
Hervorragend schöne, gediegene Ausführungen
zu einfachster, mittlerer und elegantester Art.
Teppiche / Kronen / Kristall / Porzellan.

Lombard-Bankgeschäft und Lagerspicherei
M. Schlewinsky & Co.
Berlin C, Dirksenstr. 31
am Bahnhof Alexanderpl. Ecke Königsgraben

Kaytabak

in Rollen und Stangen
aus reinem Tabak.

Zigarren

von 500 N. pro Mille an.

Zigaretten

in jeder Packung
Wiederverkäufer
abzugeben in den
Zigarren-Geschäften

(Abholung an Ort)
Friedrichstr. 243 (Halt. Tor)
Alexanderstr. 9 (Heim Pol.-Pr.)

Monteur-Anzüge

aus prima Leinen Dreifach,
allerbeste Frieledrucken,
solange der Vorrat reicht
Jacke oder Hose

klein mittel groß
M. 27,50 M. 35,50 M. 41,50
Versand & Nachnahme
Vorkaufszahlung zahlbar
Geld zurück,
wenn frank Rücksendung
erfolgt. 2215/5
Fritz Kühne,
Blankenburg, Harz.

Zinshaus

im Osten, nur reelles
Objekt, mit Offenlegung
des Kaufmanns gelohnt
Anzahlung M. 50.000.
Offerten erbeten unter
P. 22 an die Expedition
des "Vorwärts", Lindenstraße 3

2 Granitsteinmetzen

auf a. a. Granit
finden sofort Beschäftigung
bei zeitweiser Lohn.

**Rob. Fiedler, Nachf., Granit-
werk,**
Grünberg i. Schl.

Südtige Vertreter

für Handel, Streifen, Ge-
würze und Öfen, auch
K. Schultz, Räumvertrieb,
Berlin C 2, Burchstr. 27/28.

Schlosser

selbständig, L. elektr. Schlosser
Vatergesellschaft, Dronerstr. 45

Ankauf von Juwelen

zum heutigen hohen Kurs.
Margraf & Co. G.m.b.H.
Berlin, Monbijoustr. 9 - Tel. Zentrum 8864

Sektkorke,

Arbeitersekretär für Brandenburg
gefound.

Das Gewerkschaftsamt Brandenburg a. d. Spree sucht zum
sofortigen Eintritt einen

Arbeitersekretär.

Reflektiert wird auf eine tüchtige Kraft, Gebild. nach
Liebertshausen, Bewerbungen bis 15. Mai mit der Aufschrift
"Bewerbung" an das Arbeitersekretariat Brandenburg
Straße 11 (Rosenthaler Tor),
Norden 1801.

Koffer-Meister

Für neuzeitlich eingerichtete Kofferfabrik
Berlins wird zur selbständigen Leitung des
Betriebs ein Meister gesucht, der reiche Er-
fahrungen und langjährige Praxis - besonders
im Bau von Bügelkoffern - aufzuweisen hat.
Vorzugsweise wird ein selbständiger Kalkulation-
und Betriebsleiter gesucht, sowie absolut
selbständiges Arbeiten. Eintritt sofort. 118/17

Für Groß-Berlin

hat alle Lebensversicherungs-Gesellschaften mit neu-
zeitl. Einrichtungen u. allen Nebenbranchen ihre
Subdirektion

Saalmesiter.

Bewerbungen unter Angabe der bisherigen Tätigkeit
und der Gehaltsansprüche an
Byk - Guldenwerke, Chemische Fabrik Akt.-Ges.
Photographische Abteilung, Czarnikow.

Meister

Metallhütte G. m. b. H.,
Berlin - Lichtenberg, Herbergstr. 30.

„Vorwärts“

ist die Hauptexpedition, Lindenstraße 3.

Groß-Berlin

Trotz Wohnungsmangel

Könnte noch manche Kleinwohnung verfügbar werden, wenn die betreffenden Hauseigentümer nur wollten. ... Die Wohnungsmängel sind in letzter Zeit von verschiedenen Seiten zugegangen.

Arbeiterräte Groß-Berlins, Kommunale Arbeiter- räte, Delegierte der Soldatenräte.

Die Mitglieder der S. P. D. nehmen an der heute in den Kammerkellern stattfindenden Volksversammlung nicht teil. ... Der Fraktionsvorsitzende, Arndt, Haase, Isst.

Fraktionsführung der S. P. D. und D. P. Arbeiterräte.

Zu Beginn der Sitzung wies Gen. Dr. Caspari auf die durch den Friedensvorschlag drohende Katastrophe hin und betonte, daß der Ruf nach Einigung des Proletariats jetzt elementar sei.

Subi.

Ergählung von Paul Haupt. „Mußt Du wirklich schon wieder fahren, Mutti?“ Zwei Kinderarme legten sich schlüftern um ihre Taille.

gehung einer gemischten Kommission zu übertragen, die eine einheitliche für alle Fraktionen annehmbare Rundgebung vorzulegen soll.

Ueber die Verhandlungen im Vollzugsrat berichtete Genosse Drolat. Er riet zu persönlicher Stellungnahme, obgleich die Gegenseite im Falle Wollstein so gut wie kein Entgegenkommen gezeigt habe.

Warum?

Der Bürgerrat Groß-Berlin hat an den Magistrat die Anfrage gerichtet, warum in der letzten Stadtratsordnungsung die Stimmung Berlins über den Gefangenenfrieden nicht Ausdruck gegeben wurde.

Wir nehmen an, daß es auch im Rathaus keine Geheimdiplomatie mehr gibt und die gewünschte Klarheit also gegeben werden wird.

Der zornige Bezirksvorsteher.

Vor acht Wochen brachte eine junge Frau den zur Weiterzahlung der ihr im Dezember 1918 eingestellten Familienunterstützung erforderlichen Schein bei, der von dem Truppenrat des Baters ihres Kindes ausgestellt ist.

Die Landestrarertwoche.

deren Beginn noch bekanntgegeben werden wird, bringt folgende Einschränkungen: Die Theater dürfen nur spielen, was dem Ernst der Stunde entspricht.

Die Tätigkeit der Arbeiter-Samariter am 1. Mai.

Für den Königsplatz, welcher stark besucht war, hatten wir eine Samariterwache in der Brandenburger Torstraße aufgemacht, mit 20 Samaritern besetzt.

Verhaftung weißer Hilfskräfte.

Das Kriegsministerium beschlagnahmt mit Rücksicht auf die Lage der zahlreichen Stellenlosen und Kriegsbeschädigten, die weiblichen Hilfskräfte im Kriegsministerium in weitgehendem Umfang durch männliches Personal zu ersetzen.

Aufgeklärter Neubürgerfall.

Nach aufgeklärt wurde der Neubürgerfall auf das Ehepaar Groß in der Dolomitenstraße. Groß glaubte in einem der Häuser den Sohn eines Mannes erkannt zu haben.

Der Geisteskranker am Sonntag.

Der Geisteskranker am Sonntag des Deutschen Hilfswerts für die Gefangenen ist wegen der Landestrarert auf den 17. Mai verlegt.

Rembahn Olympiapark (Zementbahn).

Rembahn Olympiapark (Zementbahn). Sonntag 10 Uhr die ersten Rennen.

Die Geerdeswerkstätten.

Die Vertrauensmänner der S. P. D. der Geerdes- und Pulverfabrik hatten zum Montag eine Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Institute einberufen.

immer mürrische Vater, nahm ihr die vom vielen Nagen gekrümmte Mutter jeden Sonntag den wenigen Lohn auf Heller und Pfennig ab.

„Neh, Frau Velter,“ bittend schaute die junge Mutter sie an, „geht es denn nicht billiger?“

„Nee, nicht zu machen. Wenns Ihnen aber nicht recht ist —, ihr Mann, der still im Hintergrunde sah, räusperte sich.“

„Ja, ja, es muß mir schon recht sein. Auf Wiedersehen, Frau Velter.“

Eine schweilige Tafe berührte ihre wohlgepflegten Finger. Sie gingen, die Tür fiel hinter ihnen ins Schloß.

„So unverschämt brauchst Du's aber auch nicht zu machen. An dem Jungen verdienen wir doch gerade genug.“

Sie machte eine wegwerfende Bewegung. Jeder nimmt was er kriegt. Soll froh sein, daß es ihr Junge bei uns so gut hat.

Der kleine Knabe grübelte, als er die Treppe hinunter, die Straße entlang schritt, darüber nach, warum Frau Velter immer so ungezogen zu seiner Mutter war.

„So unverschämt brauchst Du's aber auch nicht zu machen. An dem Jungen verdienen wir doch gerade genug.“

„Nee, nicht zu machen. Wenns Ihnen aber nicht recht ist —, ihr Mann, der still im Hintergrunde sah, räusperte sich.“

„Ja, ja, es muß mir schon recht sein. Auf Wiedersehen, Frau Velter.“

Eine schweilige Tafe berührte ihre wohlgepflegten Finger. Sie gingen, die Tür fiel hinter ihnen ins Schloß.

„So unverschämt brauchst Du's aber auch nicht zu machen. An dem Jungen verdienen wir doch gerade genug.“

Sie machte eine wegwerfende Bewegung. Jeder nimmt was er kriegt. Soll froh sein, daß es ihr Junge bei uns so gut hat.

Der kleine Knabe grübelte, als er die Treppe hinunter, die Straße entlang schritt, darüber nach, warum Frau Velter immer so ungezogen zu seiner Mutter war.

„So unverschämt brauchst Du's aber auch nicht zu machen. An dem Jungen verdienen wir doch gerade genug.“

„Nee, nicht zu machen. Wenns Ihnen aber nicht recht ist —, ihr Mann, der still im Hintergrunde sah, räusperte sich.“

